

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M 1 (ohne Bestellsgeb), bei Zusendung unter Kreuzband M 1,40.

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur i. Verw. F. Bachlow, Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstraße 11, I. Etage.

Verbands-Anzeigen für die dreigespaltene Beilage ober deren Raum 30 A. Zeitungs-Preisliste Nr. 3338.

Inhalt: Phrasen, Schlagworte und Lügen der Reaktion. — Ueber den Verlauf der Maifester. — Der Reichstag. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Versammlungen und sonstige Bewegung. Christlicher Bericht. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen zc. — Aus anderen Berufen. Generalversammlungen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen.

## Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

#### Schleswig-Holstein:

Alt-Heikendorf-Laboe (Bausperrn), Tönning (Sperrung über Boldt); Pinneberg (Bauarbeiterstreik), Schwartau und Umgegend b. Lübeck (Maurerstreik);

#### Mecklenburg:

Boizenburg (Maurerstreik), Neukloster-Warin-Brühl-Sternberg, Alt- und Neustrelitz, Fürstenberg (Maurer ausgesperrt), Glstrow (Streik), Schwann, Grevesmühlen (Differenzen), Gadebusch (Zimmererstreik);

#### Prov. Brandenburg:

Calau, Lehnin, Lübben (Maurerstreik), Tegel (Sperrung über Engelke & Valtin), Gr.-Kreuzer Lohngebiet (Sperrung über den Unternehmer Jacob aus Lehnin), Prenzlau (theilweiser Streik der Bauarbeiter), Forst i. d. L. (Differenzen);

#### Pommern:

Swinemünde-Ahlbeck-Heringdorf (Maurerstreik), Garz a. d. O. (Sperrung über Kersten in Gramzow, Bau in Staffeld), Gollin (Differenzen), Stolp (Aussperrung der Zimmerer);

#### Ost- und Westpreußen:

Thorn (Sperrung über Stadler und Richter), Grandenz (Bausperrn), Könitz (Sperrung über Arndt), Tapiau (Sperrung über Böhm), Gumblinien (Differenzen);

#### Prov. Posen:

Bromberg (Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer ausgesperrt), Meseritz (Maurerstreik);

#### Prov. Sachsen:

Stassfurt (Maßregelung der Maurer auf den vereinigten chemischen Fabriken), Aschersleben, Schackensleben, Tangermünde, Thale a. Harz (Differenzen), Calbe a. d. S. (Aussperrung); Wittenberg (Bauarbeiterstreik), Trebitz a. d. Elbe (Sperrn);

#### Wgr. Sachsen:

Jresden und Umgegend (Bausperrn), Plauen i. V. (Differenzen), Reichenbach i. V. (Zimmererstreik);

#### Sa.-Altenburg:

Sömmlein (Streik), Eisenberg (Differenzen);

#### Thüringen:

Ilmenau (Unternehmer drohen mit Lohnreduktion);

#### Prov. Hannover:

Lüneburg (Bauarbeiterstreik), Osnabrück (Zimmererstreik), Alfeld, Osterode a. H. (Differenzen), Vechta (Sperrung über Schlüter in Langförden), Unterweserorte (Bremerhaven und Umgegend Aussperrung);

#### Waldeck:

Pyrmont-Holzhausen (Maurer- und Zimmererstreik);

#### Hessen:

Mainz (Maurer ausgesperrt), Limburg a. d. Lahn (Maurerstreik);

#### Rheinprovinz:

Cöln (Fuger und Putzer streiken);

#### Westfalen:

Lüssbock (Differenzen);

#### Elsaas-Lothringen:

Strassburg und Umgegend (Maurer- und Zimmererstreik), Colmar (Zimmererstreik);

#### Bayern:

Schwabach (Sperrung über den Rentamtbau);

## Ausland:

**Böhmen:** Feplitz (Maurer und Zimmerer stehen in der Lohnbewegung);

**Ungarn:** Agram (Maurerstreik);

**Schweiz:**

Bern, St. Gallen (Differenzen), Zürich (Zimmerer- und Steinhauerstreik);

**Norwegen:**

Kristiansand (Maurer im Streik, um Lohnreduktion abzuwehren).

## Phrasen, Schlagworte und Lügen der Reaktion.

### II

Ist bei den Reaktionen vom „inneren Feind“ die Rede, so darf das Schlagwort

### „Umsturz“

nicht fehlen. Dies bildet in Verbindung mit jener Phrase für die Ordnungspolitiker die Zauberformel, mittels welcher sie, um den Pflichten in Angst und Furcht vor der Sozialdemokratie zu versetzen, das „rothe Gespenst“ zittern. Sie lügen, der „innere Feind“, die Sozialdemokratie, beabsichtige den „gewalttätigen Umsturz“ der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Von dem „Schrecken des Gewaltkampfes“ wissen sie zu erzählen, den sie als unvermeidlich hinstellen für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, den „inneren Feind“ moralisch zu überwinden. Unter solcher „Ueberwindung“ verstehen sie hauptsächlich das, was Herr von Kardorff einmal recht geistvoll die „parlamentarische Ausmerzung“ der Sozialdemokratie genannt hat. Das heißt, es soll den Sozialdemokraten unmöglich gemacht werden, Vertreter in den Parlamenten zu haben, weil sie da, Gebrauch machend von der den Volkvertretern zustehenden Redefreiheit (von Herrn von Stumm einmal als „Redefreiheit“ verurtheilt), der Reaktion in besonders hohem Grade gefährlich sind. Dafür rechnet diese sich, indem sie klagt, selbst die parlamentarische Thätigkeit der Sozialdemokratie sei lediglich auf die „Förderung des umstürzerischen Geistes“ berechnet.

Was sagt dazu die Wahrheit? Folgendes: Es ist eine auf die Unwissenheit und das Vorurtheil berechnete infame Tendenzlüge, wenn man die Sozialdemokratie beschuldigt, daß sie auf den „gewalttätigen Umsturz“ hinarbeite. Sie erstrebt das strikte Gegenteil; sie will, daß das Eingreifen der rohen Gewalt in den Verlauf der naturnothwendigen Entwicklung vermieden wird; daß diese Entwicklung organisch und friedlich, wenn auch im harten Widerstreit der Meinungen, sich vollzieht. Dazu aber ist erforderlich, daß die Entwicklung freien Weg hat; daß sie durch Interessenspolitik aller Art nicht künstlich gehindert wird, vielmehr nur alle mögliche Förderung erfährt. Und diese erfährt sie nur dann, wenn auf politischem Gebiete dem gesteigerten Freiheits- und Rechtsbedürfnis der Volksmassen, und auf wirtschaftlichem bezw. sozial-politischem Gebiete den berechtigten, sich ebenfalls nothwendig stetig steigenden Ansprüchen der Arbeiterklasse betreffs Schutz vor Ausbeutung und Verwüstung, möglichste Sicherung der Existenz, Ausgestaltung des Rechtes der Arbeit zc. Rechnung getragen wird.

Davon sind jedoch die herrschenden Faktoren weit entfernt. Nach Bismarck's Zeugnis haben sie sich „aus Furcht vor der Sozialdemokratie zu etwas sozial-politischer Gesetzgebung im Interesse der Arbeiter verstanden“. Regierungen, herrschende Parteien und Klassen

erhofften von ihrer vielgerühmten „Sozialreform“ die Wirkung, daß sie die Arbeitermassen beschwichtigen und der Sozialdemokratie entfremden werde. Diese Praxis, gepriesen als „positive Fürsorge für die Arbeiterklasse“ hat schmächtig Fiasko gemacht. Sie mußte, ganz abgesehen von ihrer relativen Belanglosigkeit, um so mehr Fiasko machen, als nach dem Wunsche der Reaktionen die Arbeiter sie bezahlen sollen mit dem Verlust ihrer politischen Rechte und Freiheiten. Oft genug haben die Herren in ihren Organen und im Reichstage offen erklärt, „wo so vorzüglich für die Arbeiter gesorgt sei, wie in Deutschland, da könnten dieselben sowohl das Koalitionsrecht wie das Reichstagswahlrecht entbehren“.

Die Arbeiter haben für diese Logik nur ein mitleidiges Achseln; sie thun Jenen den Gefallen, „hübsch artig zu werden“, d. h. auf eigene politische Ueberzeugung und deren Bethätigung zu verzichten, nicht. Und deshalb müssen sie sich gefallen lassen, als die

### „undankbaren Arbeiter“

die „nicht zu schätzen wissen, was für ihr Wohl geschieht“, verpflichtet zu werden. Sie regen sich darüber nicht auf und halten nur um so fester zur Sozialdemokratie, von der sie eine ehrliche und entschiedene, keinem Gegner weichenbe Vertretung ihrer Interessen erwarten dürfen. Mag man sie ihres sozialdemokratischen Bekenntnisses wegen die

### „Umsturzgarde“

nennen; ihrer politischen Selbstachtung, dem Bewußtsein, einer guten und gerechten Sache zu dienen, kann dieses Schlagwort nicht Abbruch thun. Selbst wenn man sie eine

### „vaterlandslose Pötte“

schimpft, weil sie an den Zuständen und Einrichtungen im lieben Vaterlande so Vieles aussetzen haben, die obwaltende Regierungskunst nicht gutheissen können und die Idee der Völkereinheit vertreten, so bleiben sie doch ihres Werthes und ihrer Bedeutung sich voll bewußt. Sie wissen ganz genau, daß, wenn den Arbeitern gegenüber von „nationalen Pflichten“, die diese zu erfüllen haben, die Rede ist, darunter nichts Anderes verstanden werden kann, als die von den herrschenden Ständen und Klassen konstruirte Pflicht der Armut, im Dienste der Macht demüthig und widerspruchslos zu schaffern und zu dulden.

Den Spott aller Vernünftigen und Ehrlichen fordert es heraus, wenn die auf die maßgebenden Interessen entgeschworenen Parteien sich brüsten mit

### „Patriotismus“ und „nationaler Gesinnung“.

Weides ist bei ihnen nichts Anderes als das Produkt von Vortheils- und Zweckmäßigkeitserwägungen. Ihre „Vaterlandsliebe“ gilt lediglich den ihren Interessen entsprechenden Einrichtungen im Staat und Reich. Das Vaterland an sich ist ihnen sehr gleichgültig, wenn ihnen die politische und wirtschaftliche Ordnung nicht die Befriedigung ihrer Interessenansprüche gewährt. Auf den realen Inhalt des Vaterlandes, soweit es dieser Voraussetzung genügt, konzentriert sich ihr „Patriotismus“, ihre „nationale Gesinnung“. Das ist's, was sie in Wahrheit meinen, wenn sie kreischen gehen mit der Phrase von den

### „heiligsten Gütern der Nation“.

Unter diesen Gütern ist alles das zu verstehen, was dazu dient, die Ausbeutungsinteressen der herrschenden Minderheit sicher zu stellen.

Als besonders heiliges Gut nennen die Reaktionen die „Religion“, die sie ja auch wohl als eine der „Grundlagen aller Staats- und Gesellschaftsordnung“ bezeichnen. Sie haben dabei freilich nicht die echte und wahre Religion, d. h. die Gebote der Humanität



und Berechtigtheit im Auge, sondern das theologische Dogma, das den Armen und Glenden rastlose Arbeit, Duldung und Entfagung, Demuth und Unterwerfung unter den Willen der Herrschenden „um Gottes Willen“ zur „Pflicht“ macht.

Das ist die „Religion“, von der die Reaktionäre sagen, daß sie „dem Volke erhalten werden muß“, d. h. den Massen der Arbeitenden, wenn nicht Staat und Gesellschaft zu Grunde gehen sollen. Für dieses Erhaltungswort nehmen sie Kirche und Schule und noch manche sonstige Autorität in Anspruch. Aber ihr Bemühen ist vergeblich; das arbeitende Volk hat sich emanzipiert von diesem theologischen Dogma; es fordert die Gewährleistung seiner menschlichen und bürgerlichen Rechte, seiner Freiheit, seiner Wohlfahrt. Und deshalb, nur deshalb jammern die reaktionären Sippen, es sei „der Religion entfremdet“, in Gottlosigkeit verfallen. Sie selbst geben das Beispiel der Entfagung, der Bedürfnislosigkeit, der aufopfernden Arbeit, der Demuth und Unterwürfigkeit allerdings nicht, aber dem Volke messen sie alle diese „Tugenden“ als „pflichtgemäße“ zu.

Unter wesentlich denselben Gesichtspunkten ist die Phrase von der

„monarchischen Treue“

zu betrachten, deren sie nach oben hin sich bedienen, um ihre „gute Gesinnung“ zu bekunden. Die „monarchische Treue“ soll auch ein „heiliges, nationales Gut“ sein, das vor den „destruktiven Tendenzen“ der Sozialdemokratie behütet werden muß. Eine wirklich nationale Eigenhumlichkeit ist die Anhänglichkeit an den Thron nie gewesen; sie war im sogenannten „niederem“ Volke immer nur etwas mehr oder weniger künstlich Gemachtes und für die herrschenden Stände und Klassen immer nur der Reflex ihrer Interessen. Diese Stände und Klassen sind „monarchisch“ gesinnt, wenn die Monarchie sie zur Schutzherrin und Pflegerin ihrer Interessen macht. Andernfalls pfeifen sie auf die Monarchie oder nehmen sie als „Vernunftmonarchien“ eine „Modifikation ihrer monarchischen Gesinnung“ vor. Wie oft hat schon das Junkertum — besonders das preussische — gegen Monarchen, die ihm nicht zu Willen waren, rebelliert und konspiriert! Man erinnere sich, von früheren und jüngsten Ereignissen ganz abgesehen, an die infame Behandlung, die das preussische Junkertum dem Kaiser Friedrich, dem Vater des jetzigen Kaisers, hat zu Theil werden lassen. Und Behauptung „monarchischer Treue“ war es sicherlich auch nicht, als 1848 das liberale Bürgerthum die feierlichen absoluten Fürsten zu den „ersten Dienern des konstitutionellen Staates“ machte, und zwar unter Anwendung von Gewalt.

Die Sozialdemokraten rechnen mit der Monarchie als mit einer historisch gewordenen und nicht etwa von einer Gottheit vorgezeichneten Einrichtung, die der fortschreitende demokratische Geist nicht, wie die Reaktionäre behaupten, „untergräbt“, sondern, die er mit Nothwendigkeit ihrer inneren Auflösung immer näher bringt. Alles historisch Gewordene ist der Umformung, der Zersetzung, dem Zerfall und der schließlichsten Auflösung sowohl seinem Inhalte wie seiner Form nach unterworfen. Das Entwicklungsgeßes hat von diesem Prozeß der Monarchie nichts ausgenommen. Die Phrase von der monarchischen Treue kann am Schicksal der Monarchie nichts ändern, das lehrt die Geschichte. Wir bekennen gern, daß wir dieser „Treue“ völlig baar sind; Treue zum Volk, zum Recht, zur Freiheit ist unser antimonarchisches Verbrechen!

Ueber den Verlauf der Maffei

ist zu berichten, daß die Behelligung fast überall stärker gewesen ist, als in den vorhergehenden Jahren. An dem Demonstrationszuge in Hamburg haben wohl annähernd 30 000 Personen theilgenommen, und mindestens die doppelte Zahl bildete. Später an den Straßen, durch die der Zug seinen Weg nahm. Das Wetter war prächtig. Maffei wurden etwa 2000 im Zuge gezählt; eine sehr starke Behelligung hatten auch die Zimmerer, Bauarbeiter, Stukkatureur und besonders die Tischler aufzuweisen. Die Berliner Genossen können die Feier nicht einseitig begeben, weil ihnen kein geschlossener Aufmarsch gestattet wird und weil die große Masse der Theilnehmer auch nicht in einem Lokale unterzubringen wäre. In Berlin und den nächsten Vororten haben zur Feier des Tages an 70 Versammlungen stattgefunden, die alle außerordentlich stark besucht gewesen sind. Unsere Verbandskollegen (Maffei, Püger, Rabinowitsch und Zementler) waren in 4 Lokalen in einer Stärke von etwa 6500 Mann versammelt, und die Versammlung der sozialdemokratischen Maffei war dort mit 2500 Personen besucht. Außerordentlich stark besucht waren auch die Zimmerer, Stukkatureur und Bauarbeiter aufzuweisen. An den von den Massfreiorganisationen am Abend veranstalteten Versammlungen haben sich Hunderttausende von Personen behelligt. — Auch in den meisten übrigen Großstädten sowie auch in vielen mittleren und kleineren Städten hat die Maffei einen überaus imponirenden Verlauf genommen, und in gar vielen Orten haben die Bauhandwerker die Frühe rischlich voranzgetrieben. In Magdeburg und den Ortschaften der nächsten

Umgebung dürfte die Maffei einmüthig gefeiert haben, ebenfalls in Calbe a. d. S. und in Halberstadt.

Wie wir es schon gemeldet sind, so haben auch in diesem Jahre viele Unternehmer auf die Maffei mit Aufsperrungen geantwortet. Die Hamburger Bauunternehmer (Tunung) haben es „gnädig“ gemacht: Wer den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert hat, soll auch am 2. Mai feiern, jedoch haben nicht alle Meister sich diesem Beschlusse gefügt. In Berlin sollte die Aufsperrung sich gleichfalls auf den 2. Mai beschränken, nach den vorliegenden Berichten wurden davon betroffen 2000 Maurer, 200 Püger, 274 Zimmerer und 230 Bauhülfsarbeiter. In Magdeburg sind circa 600 Bauarbeiter (Maffei, Zimmerer und Hülfsarbeiter) auf 3 Tage ausgesperrt worden. Die Maffei haben beschlossen, am 4. Mai einen Demonstrationszug im Arbeitszuge nach dem Fabrikviertel „Ferienzug“ zu unternehmen, wo an diesem Tage die „bessere Gesellschaft“ Magdeburgs ein Festessen veranstaltet. Die Halberstädter Maffei sollen auf sieben Tage ausgesperrt werden und nach Ablauf dieser Zeit will das Unternehmertum eine Erklärung nach „Schafen“ und „Weden“ vornehmen. In Calbe lautet die Aufsperrungsparole bis auf Weiteres. Aus Bremerhaven wird berichtet, daß circa 300 Maurer wegen der Maffei, bis auf Weiteres, ausgesperrt worden sind, 11 Baubehilfsarbeiter wurden direkt entlassen.

Weitere Nachrichten über Aufsperrungen im Baugewerbe liegen uns bei. Schluß der Redaktion nicht vor. Es scheint doch, als wenn die Unternehmer von Jahr zu Jahr mehr von der Nutzlosigkeit ihrer Maßnahmen überzeugt werden. Es sind Maffei, wodurch die Arbeiter sich nicht abschrecken lassen, zu kämpfen für den Weltfrieden, für die Arbeitsruhe am 1. Mai.

Der Reichstag

hat am Donnerstag, den 30. April, seine Tagung und damit zugleich die Legislaturperiode 1898—1903 beendet; die letzte Session hat von 1900 an gedauert. Die Verhandlungen der letzten Tage gälten der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz. Unsere Parteigenossen hatten noch einen scharfen Kampf gegen das Centrum und die Parteien der Rechten zu führen, um die von dem Zentrum abgeordneten Sadigny beantragte Verbesserung des § 42 der Novelle abzuwehren. Während die Regierungsvorlage verlangt, daß die Krankenversicherungsvorstände von der Aufsichtsbehörde abgesetzt werden können, wenn sie sich einer Pflichtverletzung in Bezug auf die Führung der Kassengeschäfte schuldig machen, redet der Zentrumsabgeordnete allgemein von „Pflichtverletzung“, und auch derjenige, der möglicherweise wegen Majestätsbeleidigung oder sonstiger Vergehen bestraft wird, sollte unter die Personen, die ihre Pflicht verlegt haben, gerechnet werden. Diese Bestimmungen wollten die Sozialdemokraten keineswegs zum Gesetz werden lassen, und sie hatten die Verhinderung in der Hand, denn sie hatten nur nöthig, die Wechselsunfähigkeit des Hauses konstatieren zu lassen. Da das Centrum anders nicht von seinem Beschluß abzurufen war, beantragten unsere Genossen namentliche Abstimmung, die, wie vorausgesehen war, die Wechselsunfähigkeit ergab. Durch diese Taktik war der Verabschiedung der Novelle in der Zentrumform ein Niegel vorgegeben worden, da gar nicht daran zu denken war, daß der Reichstag in dieser Session noch einmal beschlußfähig werden könnte; und wollten sie das Gesetz nicht scheitern lassen, so mußten die Herren vom Centrum schon um gutes Wetter bitten. Das haben sie denn auch gethan. Vor der Wiederholung der namentlichen Abstimmung in der nächsten Sitzung, am Donnerstag Vormittag, gab der Zentrumsabgeordnete Trimborn Namens seiner Freunde folgende Erklärung ab: Ich habe den verehrten Herren anzuhändigen, daß wir in dritter Lesung zu § 42 einen Antrag einbringen und auch mit unseren Stimmen unterstützen werden, wonach die Worte „grobe Pflichtverletzung“ durch die Worte „grobe Verletzung der Amtspflicht“ in Bezug auf die Kassengeschäfte“ ersetzt werden sollen. Eine nähere Begründung dieses Antrages enthalte ich nicht, weil dies im Rahmen einer Geschäftsordnungsdebatte nicht zu geben möglich wäre. Ich möchte daher auch nicht unser Vorhaben bezüglich dieses Antrages. Weiter habe ich zu erklären, daß wir in der dritten Lesung für den Fall, daß von irgend einer anderen Seite die Streichung des Absatzes 7 des § 42 in der Kommissionsfassung bezüglich der Dienstordnung beantragt werden sollte, einem solchen Antrag zustimmen würden. Auch dieses Vorgehen kann ich jetzt nicht näher erläutern. Ich bemerke nur, daß dieser zweite Schritt geschieht mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage des Hauses.

Daraufhin zog Abg. Singer Namens der Sozialdemokraten den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück. — Nunmehr wurde der § 42, der Erklärung Trimborn's entsprechend, angenommen und, nachdem weitere Verbesserungsanträge unserer Genossen abgelehnt worden waren, die ganze Novelle mit geringfügigen Veränderungen in der Fassung der Kommission. In der dritten Lesung, die am Donnerstag Nachmittag stattfand, wurde auch die Bestimmung über die „Dienstordnung“ ausgemerzt und schließlich die ganze Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Der Streik in Brunschwägen ist durch Unterhandlung der beiden streikenden Parteien am 24. April beendet worden. Der Lohn ist durch Vertrag bis zum 1. Januar 1904 auf 86 % und von da ab bis Januar 1905 auf 87 % pro Stunde festgesetzt worden.

Im Volzenburger Streitgebiet ruht die Arbeit fast vollständig; nur 3 Gesellen, die dem Verband nicht angehören, arbeiten. 8 Kollegen sind abgereist, 30 Streikende sind, noch am Orte.

In Gilstrow haben die Unternehmer sich erboten, vom 1. Juli d. J. ab den Lohn um 1 %, von 87 auf 88 % pro Stunde zu erhöhen, mit der Einschränkung, daß die Junggesellen und die von auswärts zugehenden Maurer erst ein Jahr in Gilstrow gearbeitet haben müssen, um dieser Zulage würdig zu sein. Die Streikenden haben das Angebot der Meister abgelehnt. Die Stimmung ist gut, Streitreuer sind nicht vorhanden.

Die Sperrung über den Unternehmer Walter in Moskau ist beendet; der Unternehmer hat unterschrieben, den üblichen Lohn von 48 % zahlen zu wollen.

Ueber die Lohnbewegung im Gau Stettin wird uns geschrieben: In Pommern sind den Meistern am 8. März Forderungen auf 10 Stunden und 40 % eingereicht worden. Bisher beträgt die Arbeitszeit 11 Stunden, der Lohn 82 %. Die Unternehmer haben noch nichts verlaute lassen. — In Pommern fordern die Kollegen die Einführung des Stundenlohns anstatt des üblichen Tagelohns, und zwar 80 % die Stunde. — In Gollin wurde unter dem 12. März die Einführung einer 15stündigen Mittagspause und 40 % Stundenlohn gefordert. Die Unternehmer nahmen auf die Forderung vom 8. Mai 1899 Bezug und wählten vor dem 1. Mai nichts beizuliegen. Eine Verhandlung hat noch nicht stattgefunden. Der Vertrag ist geschlichtet worden. — In Gollin erzielt mit 1902 einen guten Erfolg. Es sollte 1903 die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt und 85 % Lohn gefordert werden. Da unsere Kollegen aber in großer Zahl sohnenschaftig geworden sind, zahlen die Unternehmer heute was sie wollen. — In Gollin beträgt die Arbeitszeit 11 Stunden, der Lohn 82 %. Die Kollegen sind unter dem 18. März die zehnstündige Arbeitszeit und 85 % Stundenlohn, sowie Aufschlag bei Wasser- und Nachtarbeit gefordert worden, bezügl. des Besahren der Mauern ist überarbeitbar. Anständig im Bezirk sind 70 Maurer, organisierte 46; die Letzteren arbeiten fast alle zu den geforderten Bedingungen bei der Unternehmung. Mit zwei anderen Unternehmern fanden resultatlos Verhandlungen statt. Unternehmer Wiedt wollte den Lohn wieder drücken, er wurde jedoch durch einen halben Tag dauernde Bauarbeiter von seinem Vorhaben abgebracht. Wenn ein weiterer Erfolg eintrifft, dann wird zunächst die Anstellungsgleichheit der Kollegen bewirkt. — In Stettin (Gau) (Gau) hat Maurermeister Kersten aus Branzow Arbeiter ausgeschrieben. Er ist ein Schürmader im Meinen und im Arbeitgeberverband organisiert. Beschleunigung leitet er sich nicht an geschlossene Verträge. Als er erfuhr, wurde, den Arbeiter Carl inne zu halten, antwortete er mit der Entlassung von neun Gesellen. Mit Lehrlingen und einigen unorganisierten Maurern aus Uckermark will er die Arbeit bewältigen. — In Gollin sind den Unternehmern am 8. Februar Forderungen auf 10 stündige Arbeitszeit und 40 % Lohn eingereicht worden. Zwei Unternehmer antworteten ablehnend, einer zustimmend. Die Bauhülfsarbeiter in Pommern. — In Neu-Stettin kam es über die Forderungen unserer Kollegen, 10 Stunden und 88 %, zur Verhandlung. Die Unternehmer bieten 84 % Lohn und 60 % Randgelb pro Tag, lehnen aber ein Verkürzung der Arbeitszeit ab. Bei Gewährung von Lohn soll Zahlung oder Nachzahlung des Randgelbes der freien Vereinbarung unterliegen. Eine Differenz bei dem Unternehmer Rosenkrantz, an der 15 Kollegen beizuliegen wollen, endete durch Vergleich. — Unsere Bremer Kollegen haben mit den dortigen Unternehmern noch fortgesetzt Differenzen. Nach mehrmaligem Schriftwechsel fanden die Unternehmer unter dem 4. März eine Arbeitsordnung, in der sie sich alle Rechte zuschreiben. Jede mündliche Verhandlung lehnten sie ab. Es wird 10 Stunden gearbeitet, der Lohn beträgt 85 % pro Stunde. (Einige ältere Kollegen bekommen weniger. — Die Kollegen in Pommern fordern 50 % Stundenlohn, bisher 45 %. Am 10. Januar antworteten die Unternehmer ablehnend. Jeder Unternehmer verpflichtete sich, M. 150 an die Armenkasse zu zahlen, falls er bewilligen würde. Auf Anfragen, ob die Unternehmer zu mündlichen Verhandlungen bereit seien, erließen die Gesellen keine Antwort. Die Arbeitslosigkeit hat sich. Am 9. März sollten Stettiner Püger mit der Arbeit an einer Fassade (Altford) beginnen. Der Unternehmer Raubing wollte den Stettiner Tarif, nach dem Altfordarbeit beim Püger gestattet ist, anerkennen. Die Pügerkollegen lehnten dies Angebot jedoch ab und traten am 12. März in den Streik ein. Es waren anfangs 62, später 72 Kollegen. Am 27. April wurde die Aufhebung des Streiks beschlossen. Die Bewegung war ohne Erfolg. — In Pommern wird ein Kollege am 28. März umgehört. Lebensarten des Unternehmers Berg zurück. Er wurde entlassen und zehn Kollegen erklärten sich mit dem Gesamtergebnis solidarisch. Nach zwei Tagen erklärte sich Berg zur Wiedereinstellung bereit, wahrscheinlich, weil er wußte, daß der Gesamtergebnis zur Zeit nicht in der Lage war, die ohnehin Arbeit aufzunehmen. Der Kollege war nämlich als Delegierter in Berlin, was dem Unternehmer ebenfalls unbekannt geblieben ist. Als der Kollege zurückkam, hielt Berg sein Versprechen nicht. Von der Behauptung der Sperrung wurde jedoch Abstand genommen, da die Umstände einen Erfolg bezweifeln ließen. — In Swinemünde sind die Kollegen schon im vorigen Jahre durch resultatlos Verhandlungen eingehalten worden. Am 10. März d. J. wurden 42 % die Stunde (bisher 40 %) und einige Bestimmungen, betreffend Ausbilden und Lohnzahlungen, gefordert. Die Unternehmer antworteten, es könne „vorläufiglich“ am 17. März eine Verhandlung stattfinden. Ueber die Beschäftigungstaktik der Unternehmer im Vorjahre noch sehr entrüstet, ließen die Kollegen sich auf das dargebrachte Versprechen nicht ein, sondern stellten am 16. März einmüthig die Arbeit ein. Als den Partikern mit Verzicht ihrer Forderungen gedroht wurde, kehrten am 18. März acht von ihnen zur Arbeit zurück. Am 21. März war Verhandlung, die von Meister Wendlin recht vielberührend mit den Worten eingeleitet wurde: „Wenn Sie sich nicht anständig bewegen, mache ich von meinem Handrecht Gebrauch.“ Dieser Hinweis erfolgte, bevor noch ein Wort gesprochen war. Des Meisters fragte Wendlin: „Haben Sie Vollmacht, meinen Lohn anzuerkennen?“ und als darauf die Antwort erfolgte: „Wir wollen verhandeln“, war die Sitzung zu Ende. Der Abgemessene ließ noch kein Licht über sich leuchten. „Für M. 4 den Tag arbeiten ist besser, als wie für M. 2 spazieren gehen.“ Am 22. April erklärte der Unternehmer Schütz: „Es kommt nicht auf den Lohn an, wir wollen feigen.“ Seit dem 2. April sind 48 Italiener importiert und in einem Schuppen untergebracht. Auch aus der Umgegend fanden sich Streikbrecher ein, wenn auch in beschränkter Zahl. Obwohl aber die Unternehmer große Hoffnungen auf die Italiener gesetzt hatten, sind diese doch nicht in Erfüllung gegangen. Mit der hier üblichen Arbeitsweise sind die Italiener doch garnicht vertraut, sie können nicht einmal mauern, viel weniger an der Fassade putzen. Der Werth der sieben „Arbeitswilligen“ dollauf zu schätzen, dürften die Unternehmer wohl am Jahresabschluss, beim Abschluß der Geschäftsbücher, Gelegenheits haben. Swinemünde ist Mabeord und die Arbeiter mühen sich zum 15. Juni fertig zu sein; nach Aussage der Unternehmer soll ihnen aber die Frist von der Bauzeit bis zum 1. Juli verlängert worden sein. Unsere Bauarbeiter scheitern also den Streik als eine „höhere Gewalt“ anzusehen. Bis dahin werden auch wohl die Italiener laut Vertrag



in Arbeit gehalten werden müssen. Die Kollegen des Zentralverband  
erklären wir aber, besser darauf zu achten, daß im „Grundstein“ der  
Einkommensstreif verbleibe. Während der Dauer des  
Streiks sind schon eine ganze Reihe von Verhandlungsstellen hier  
zugeworfen und nur einige derselben waren dazu zu bewegen,  
ohne Hinterfragung wieder abzugeben. Die Mehrzahl der  
Kollegen aber scheint es darauf abgesehen zu haben, die Streik-  
kasse abschließend zu schließen. Andere Kollegen haben am  
Einkommensstreif weiter angefangen zu arbeiten, obwohl sich  
der Streik auch auf diese Arbeiter erstreckt. Nach Ansicht dieser  
Kollegen soll Maurermeister Blech geäußert haben, seine Einkom-  
mensstreifer einzustellen, aber gleichviel, dann bleibt der Leiharbeiter  
ebenfalls für auswärtige Verbandskollegen gesperrt. Mit  
welchen Mitteln unsere „Kassierkassende“ Gesellschaft arbeitet,  
geht daraus hervor, daß einige noch dem „patriotischen“  
Arbeiterverband angehörende Kollegen aufgefordert wurden, dem  
Zentralverband der Maurer zu entgehen, indessenfalls sie aus  
dem Arbeiterverein ausgeschlossen würden. Dieser Aufforderung  
haben drei Mann Folge geleistet, die anderen haben sich aber  
eine Besetzung von acht Tagen ausbedungen. Daß ein derartiges  
Vorgehen berechtigt ist, bezweifeln wir. Die mit dem Ausschluß  
bedrohten Kollegen werden die Frist nicht ungenutzt bestreiten  
lassen, sondern Erklärungen einreichen, ob der Arbeiterverein  
zu jenem Vorgehen berechtigt ist. Der Kampf um die Verbesserung  
der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird weitergeführt, bis die  
Unternehmer eines Besseren belehrt sind. — In Torgelow  
sind 87 1/2 Stundenlohn, bisher 85, gefordert und bewilligt  
worden. — In Richtenberg sind Forderungen gestellt  
worden: Verlauf der Bewegung unbekannt. — In Wollin  
wurde 10stündige Arbeitszeit und 87 1/2 Lohn gefordert (bis-  
her 11 Stunden und 82). Von den Unternehmern erklärte  
Wietengel, er wäre nicht abgeneigt, den Lohn auf 85 1/2  
zu erhöhen; acht Tage später machte er jedoch die Mitteilung,  
daß Verhandlungen zwecklos seien. In der Versammlung am  
1. März wurde festgestellt, daß von 62 Mitgliedern erst 27 in  
Arbeit waren. Trotz des Hinweis auf die schlechte Arbeits-  
situation und die geringen Zusätze auf Erfolg belohnte  
man den Streik, dem dann seitens des Verbandsvorsitzenden die  
Genehmigung versagt wurde. Erzielt ist worden, daß Wietengel  
85 1/2 Stundenlohn zahlte. — In Stolb erg waren acht Kollegen  
ausgesperrt. Die Differenzen sind zu unsern Gunsten beendet  
worden. — In Wolkenberg werden beim Unternehmer  
Kool 10st Stunden gefordert. Die Verhandlung von Sperren  
wird unter den Kollegen diskutiert.

**Gau Ost.** In Graubenz hatten die Kollegen den  
Unternehmern in diesem Frühjahr die Forderung: zehnstündige  
Arbeitszeit und 40 1/2 Stundenlohn, unterbreitet. Zu Unter-  
handlungen haben die Unternehmer sich nicht herbeigelassen.  
Nachdem von der Lohnkommission am 24. April noch einmal  
mündlich versucht worden war, die Wünsche der Gesellen durch  
Verhandlung zur Anerkennung zu bringen, wiederum aber  
wegen Ungegenkommen von den Unternehmern gezeigt wurde,  
beschloß eine Mitgliederversammlung am 26. April über mehrere  
Unternehmer die Sperre zu verhängen. Im Laufe der Woche  
haben nun fast alle Unternehmer — heißt infolge Arbeits-  
einstellung — die zehnstündige Arbeitszeit und einen Lohn von  
88 und 40 1/2 bewilligt. Nur einige Innungsmeister versuchen  
noch, die Bestimmungen der Gesellen zu hinterziehen, indem  
sie mit dem Rezipi des Danziger Herzogs die Gesellen an  
der Nase herumführen möchten. Die Herren wollen auch  
die Forderungen der Gesellen anerkennen, nur nicht bei  
der Lohnkommission, sondern bei der „Arbeiterkassende“. Da aber  
die Kollegen aus der „Arbeiterkassende“ alle dem Verbands-  
angehören, mußte dieses Ansuchen abgelehnt werden, und die  
Lohnkommission als die alleinige Vertreterin der Maurer in  
Graubenz erachtet werden. Mehrere Innungsmeister haben  
auch die Lohnkommission anerkannt und die Forderung bewilligt,  
so daß nur noch die Mangelhafte Kompmann, Carnakoff und  
Fischer nicht bezogen haben. Diese Gesellen sind darum  
gesperrt und ist Bezug fernzuhalten. — In Oranienburg haben die  
Kollegen in der vorigen Woche bei dem Unternehmer Franke  
die Arbeit eingestellt. Es mußte bisher noch elf Stunden  
gearbeitet werden für einen Tagelohn von 1.20. Dies ist  
den Königer Maurern denn doch überbrüssig geworden, weshalb  
sie die Arbeit einstellten. — In Gumbinnen haben in voriger  
Woche Verhandlungen über die Lohnforderungen der Gesellen,  
zehnstündige Arbeitszeit und 40 1/2 Lohn, vor dem Gewerberat  
stattgefunden. Die zehnstündige Arbeitszeit, welche schon dadurch  
eingeführt war, daß die Gesellen in diesem Jahre garnicht er-  
länger gearbeitet haben, ist von den Unternehmern anerkannt  
worden. Lohn wollen sie nicht mehr als 85 1/2 zahlen. Da  
aber schon bei der elfstündigen Arbeitszeit ein Stundenlohn  
von 85 1/2 gezahlt wurde, so ist der Lohn von 85 1/2 zu niedrig  
und wird es infolgedessen in der nächsten Zeit zu einigen Bau-  
sperrern kommen. — In Mehlau ist die Arbeitszeit in diesem  
Jahre noch zwölf auf elf Stunden veräußert worden. Auch ist  
die Stundenlohnung eingeführt. Aber auch hier sträuben sich  
die Unternehmer noch, die volle Forderung: 88 1/2 die Stunde,  
durch Unterjoch zu anerkenntern. Darum ist es nicht ausge-  
schlossen, daß es auch hier in nächster Zeit zu kleineren Differenzen  
kommt. — Auch in Mafenburg ist von dem Verbandskollegen  
die Arbeitszeit noch zwölf auf elf Stunden veräußert worden. —  
In Goldberg mußten die Kollegen einstweilen von der Durch-  
führung der gestellten Forderungen wegen der schlechten Bau-  
konjunktur Abstand nehmen. — In Trapaun sind zwischen  
dem Direktor der Provinzial-Stellenstellenanstalt, auf welcher  
jedes Jahr 60 bis 70 Maurer beschäftigt werden, und  
den Verbandsmitgliedern die Arbeitsbedingungen für dieses  
Jahr kontraktlich vereinbart worden: Elfstündige Arbeitszeit  
mit 88 1/2 Stundenlohn. Sonst war die zehnstündige Arbeits-  
zeit und Tagelohn üblich. Da auch den Unternehmern an Orte  
dieser Forderungen unterbreitet worden sind, diese sich aber  
nicht verpflichten wollen, den Lohn zu zahlen, so ist über den  
Bau des Unternehmers Hahn die Sperre verhängt worden. —  
In Targowice fordern unsere Kollegen zehnstündige Arbeits-  
zeit und einen Stundenlohn von 40 1/2. In nun von den Gesellen  
den Wind aus den Segeln zu nehmen, haben einige Unternehmer  
berworfen, den Lohn für dieses Jahr um 2 1/2 pro Stunde  
zu erhöhen. Aber auch diese witzige Zulage ist nur von den  
wenigsten Unternehmern bezogen worden. Auch denken die Unter-  
nehmer, daß jetzt die Zeit gekommen ist, diejenigen Gesellen,  
welche die Interessen der Maurer vertreten, maßregeln zu können.  
Da jetzt wenig Arbeit vorhanden ist, haben die Kollegen ein-  
weilen Abstand davon genommen, die Forderung durchzusetzen;  
sie haben sich mit der kleinen Lohnhöhe begnügt. Aber in  
nächster Zeit sieht eine rege Bauhäufigkeit in Aussicht und dann  
sollten weitere Schritte unternommen werden.

In Berlin sind die Kapitulanten vor einigen Tagen  
in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre Forderungen sind:  
Verlängerung der Arbeitszeit von 9 auf 8 1/2 Stunden und Er-  
höhung des Stundenlohnes von 80 auf 90 1/2. Die Ursache  
dieses Vorgehens liegt hauptsächlich in dem Verhalten der  
Unternehmer gegen die Kapitulanten. Letztere waren kürzlich  
an ihre Arbeitgeber herantreten, um mit diesen ein regel-  
rechtes Vertragsverhältnis herbeizuführen, ähnlich wie es bei  
den Maurern und Zimmerern besteht. Das Verhalten ging  
dahin, noch die Kapitulanten und Zimmerer in den Vertrag  
mit einzubeziehen. Die Unternehmer lehnten den angebotenen Vertrag  
jedoch mit der Motivierung ab, daß sie bei der Lohnfestsetzung  
freie Hand behalten wollten, mit andern Worten: Sie behalten sich  
vor, die Löhne zu einem ihnen günstigen Zeitpunkt beliebig zu  
verändern. Daraufhin stellten die Spanner die Forderung auf  
65 1/2 Stundenlohn. Ihnen folgten jetzt die Kapitulanten mit  
den oben angegebenen Forderungen, weil sie sich sagen: Wenn  
die Unternehmer keinen festen Vertrag wollen, sondern der freien  
Verhandlung den Vorzug geben, dann ist es ein gutes Recht  
der Arbeiter, die günstige Konjunktur nach Möglichkeit auszu-  
nutzen, um dadurch später zu erwartende Abzüge von vorn-  
herein weit zu machen. In der Versammlung am Dienstag  
wurde mitgeteilt, daß die neuen Forderungen bislang von  
fünf Firmen bewilligt sind. Beschlossen wurde, bei jeder der  
übrigen Firmen die Forderungen einzeln zu stellen und dort,  
wo keine Einigung erfolgt, die Sperre zu verhängen. Kapitu-  
lanten und Spanner werden sich bei dieser Lohnbewegung  
gegenseitig unterstützen. Wegen Nichtbewilligung der For-  
derungen sind bis jetzt gesperrt die Firmen: Diebig,  
Güntter & Solwiewel, Schmidt & Weimar und  
Neugebauer & Schibiski.

**Gau Magdeburg.** Die Kollegen in Tangermünde  
fordern 5 1/2 Stundenlohn, eine geregelte Arbeitszeit, Ver-  
besserung der Bautuben, Ausschlag bei Überstunden usw. Die  
Unternehmer hatten nun der Lohnkommission mitgeteilt, daß  
sie am Mittwoch Abend mit ihr verhandeln wollten. Trotz der  
guten Konjunktur haben sie aber Sonnabend circa 10 Kollegen  
entlassen, weshalb sie hoffen sich, dadurch die Kollegen müßlos zu  
machen; nur, sie lassen sich aber nicht irren machen und wird es,  
wenn die Unternehmer nicht entgegen kommen, zweifellos zum  
Kampfe kommen.

In Trebitz a. d. Elbe wurde am 18. April beschlossen,  
bei dem Unternehmer Eltner in Schnellin in den Streik  
einzutreten. Es legten darauf am 19. April 42 Kollegen die  
Arbeit nieder, 15 hiten als Streikbrecher stehen. Da der  
Unternehmer verschiedene Bauten abgabte und die dringenden  
Bauten mit den Streikbrechern besetzen konnte, wurde am 3. Mai  
beschlossen, den Streik aufzugeben. Ein kleiner Erfolg ist erzielt  
worden, da die anderen Unternehmer 1 und auch 2 1/2 pro Stunde  
zugelegt haben, außerdem hat der Verband 13 neue Mitglieder  
gewonnen.

In Schmoll sind am 27. April 64 Maurer in den Streik  
eingetreten. Es wird die Verlängerung der Arbeitszeit von elf  
auf zehn Stunden und eine entsprechende Lohnhöhe gefordert.  
**Gau Nürnberg.** In Nürnberg und Fürth haben  
zur Zeit die Steinhauer einen energiegelassen Kampf zu führen,  
damit die Bundesratsverordnung vom 20. März 1902 zur  
Durchführung gelangt. Die Unternehmer wollen die Ver-  
ordnung für die auf Bauten beschäftigten Steinhauer nicht  
anerkennen, indem sonst auch die Maurer nur neun Stunden  
arbeiten könnten. Ein Teil der Unternehmer hat schon für  
Maurer und Steinhauer den Neuntugendtag eingeführt,  
wieder andere nur für die Steinhauer; auf der Mehrzahl  
der Bauten wird aber noch 10 Stunden gearbeitet. Diese  
Unternehmer wollen erst ein gerichtliches Urteil abwarten.  
Ein Unternehmer erklärte, daß er bei dem Neuntugendtag  
Vorbeil gehabt habe, indem diesmal die Vollenlage um  
einen halben Tag früher gelegt werden konnte als voreist  
bei zehnstündiger Arbeitszeit. — In Schwabmühl sind  
Schwabmühl, wo die Kollegen eine Lohnhöhe von  
2 1/2 pro Stunde und am Sonnabenden eine Verlängerung der  
Arbeitszeit um eine halbe Stunde forderten, haben die Unter-  
nehmer das Verlangen kurzer Hand zurückgewiesen. Da  
zur Zeit an beiden Orten die Baukonjunktur nicht günstig  
ist, wurde vorläufig von einer Arbeitseinstellung Abstand ge-  
nommen, jedoch soll, sobald die Bauhäufigkeit eine bessere  
wird, die Forderung von Neuem erhoben werden. — In  
Schwabach kam es in der vorigen Woche am Neuntugend-  
tag zu Differenzen, welche die Bauperre zur Folge  
hatten. Die Bauperre hat ihre Grundlage darin, daß die  
Baustirma Döring & Seggenberger, Nürnberg, Regens-  
burgerstraße Nr. 34, sich eines Vertragsbruches schuldig  
gemacht hat. Der Arbeitsvertrag, welcher von den Arbeitern  
unterzeichnet werden mußte, enthielt die Bestimmung, daß  
an Samstagen um 5 Uhr Feierabend sei, jedoch ohne Lohn-  
abzug und ohne Vesperpause. Am letzten Samstag Nach-  
mittag ließ jedoch der dort antretende Parlier den Befehl  
ergehen, daß nun an auch Samstags bis 6 Uhr ge-  
arbeitet werden müsse. Einige Maurer, welche die Erfüllung  
des Arbeitsvertrages forderten, wurden sofort entlassen,  
woraus alle dort beschäftigten Maurer und Steinhauer, mit  
Ausnahme von drei Maurern, die beim Unternehmer Lieb-  
kind sein wollen, die Arbeit einstellten. Die Arbeiter for-  
derten die Erfüllung des Arbeitsvertrages, sowie, daß alle  
Arbeiter wieder eingestellt werden. Es wird geteilt, daß  
alle Maurer und Steinhauer diese Bauperre mehren, dann  
wird es in kurzer Zeit möglich sein, die Firma zu zwingen,  
den von ihr zuerst vorgelegten Arbeitsvertrag anzuerkennen.  
In dem Vorprüfungsfall die Vergütung inaktiver Arbeiter  
ist in § 3 davon die Rede, daß, wenn Unternehmer nicht die  
örtliche Löhne an ihre Arbeiter bezahlen oder aber die  
örtliche Arbeitszeit nicht einhalten, sie von der Leber-  
nahme von Staatsbauent ausgegeschlossen werden können. Wir  
meinen, daß dieses erst recht der Fall sein müßte, wenn,  
wie hier, der Unternehmer sich eines Vertragsbruches  
schuldig macht.

Über die Ausperrung in Mainz wird uns geschrieben:  
Wie bei allen Massenauusperrungen, so häufig Laundie dem  
tiefsten Elend ausgeliefert werden, ohne jegliche unmittel-  
bare Unterstützung, verstanden auch die Mainzer Bauunter-  
nehmer, bei der Ausperrung unserer dortigen Kollegen ihre  
„Hände in Unschuld“ zu waschen. In der ihnen geneigungs-  
verwandten Presse behaupten sie durch allerlei Erklärungen  
ihre „Unschuld“, um der Bevölkerung „Sand in die Augen“  
zu streuen. Ob es in diesem Falle gelingen wird, möchten  
wir denn doch bezweifeln. Vorläufig aber bietet es eine  
Verüstlung für das belastete Gewissen, so lange es gelingt,  
durch Verdrehungen und Verumlungung des eigentlichen

Tatbestandes die Schuld den „streiktreuen“ Arbeitern auf-  
zubürden. Den Mainzer Bauunternehmern ist in den letzten  
Jahren der Kampf gemäßig geworden, was es ihnen bog  
gelungen, zweimal einen kooperativen Arbeitsvertrag (1898  
und 1901) mit unseren dortigen Kollegen abzuschließen, ohne  
dabei nennenswerthe Zugewinne zu machen. Auch waren  
in diesem Frühjahr bei der Unterhandlung über einen  
neuen Vertrag (1903 bis 1905) „gründlich“ eröhigt, den bis-  
herigen Tarif beizubehalten. Wie vor vier und auch vor  
zwei Jahren müßte die „streiktreue“ Arbeitskassende und dies-  
mal herhalten, um jede Verbesserung des Tarifs, besonders  
jede Lohnaufbesserung, abzulehnen. Die Folge war, daß  
unsere Kollegen unter diesen Umständen einen weiteren  
Vertrag abzulehnten, denn sie konnten nicht einsehen, welchen  
Wert der Vertrag für sie haben sollte, der in sechs Jahren  
keinen nennenswerten Fortschritt bringt. Inzwischen sind  
die Kosten der Lebenshaltung ohne Zweifel gestiegen und  
ein Vertrag der nicht weiter bot, als die alten Löhne,  
wäre ein Rückschritt gewesen. Zur Veranschaulichung der  
Lebenshaltung aber brauchen die Kollegen keinen Vertrag.  
Bei der Verhandlung über den neuen Vertrag am Anfang  
dieses Jahres befanden die Unternehmer immer offen, daß  
sie auch geneigt seien, die Arbeitgeber wieder einzuführen,  
aber sie würden freiwillig, wie sie großmütig erklärten,  
davon Abstand nehmen, wenn der alte Vertrag bedingungs-  
los anerkannt würde. Selbstlos mußten die Unterneh-  
mer respektlos aufgegeben werden und die Unterneh-  
mer liegen öffentlich auf allen Hauptplätzen bekannt geben, daß  
der Vertrag erloschen und sie sich an nichts gebunden fühlten.  
Kurze Zeit darauf führte die Firma Gebrüder Wertos be-  
reits die Arbeit ein, wobei einige Maurer die Firma  
leider unterstützen. Es wäre vielleicht auch schon damals  
zu einem Konsist gekommen, wenn die Wahrheit offen be-  
kannt worden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht  
zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Arbeit-  
arbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schicksal ist im  
Maurergewerbe ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen  
bedeutet jeder Arbeitstag durch die Affordarbeit: mehr Aus-  
beutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dar-  
über waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1893  
klar, wo sie einen längeren entchiedenen Kampf gegen die  
Affordarbeit führten und wo es auch gelang, dieselbe voll-  
ständig zu beseitigen. Die Erregung über die Einführung  
der Affordarbeit bei der Firma Gebrüder Wertos war des-  
halb ziemlich groß und mit Recht, 15 Jahre war man ohne  
die Affordarbeit ausgekommen und jetzt sollte die Schand-  
wirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung  
des Mainzer Zweigvereins am 21. April, welche stark be-  
sucht war, beschloß dann, nochmals mit Wertos über die Auf-  
hebung der Affordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht  
kommenden Kollegen, und auch Wertos selbst, erklärten sich  
bereit zur Unterhandlung. Als am 23. April, Mittags 1 Uhr  
die von Wertos selbst festgesetzte Zeit, die Unterhandlung  
beginnen sollte, erklärte Wertos plötzlich dem Zweigvereins-  
vorsitzenden Lehn: „Lehn, ich unterhandle mit  
Ihnen nicht, denn Sie sind bezahlter Agi-  
tator“. Im Ubrigen „breche ich mein Wort“ von  
heute Morgen; wer von den Leuten nicht  
weiter arbeiten will, ist entlassen! So die  
Kriegserklärung. Von Morgens 9 Uhr bis Mittags diese  
Wandlung, Nachmittags 4 Uhr wurde eine Zweig-  
vereinsversammlung statt, an der fast sämtliche Kollegen  
teilnahmen und in der dann einstimmig beschlossen wurde,  
die Sperre über die Firma Gebrüder Wertos zu verhängen.  
Am Samstag liegen dann die Unternehmer an den Bau-  
stellen bekannt geben, falls nicht bis Montag früh die Sperre  
aufgehoben sei, die Ausperrung der gesamten Maurer er-  
folgen würde. Montag Abend erfolgte dann die Ausperrung.  
Ein Versuch, eine Anzahl Kollegen durch allerlei Ver-  
sprechungen hinzuhalten, ist völlig gescheitert. Zur Zeit  
schafft kein Maurer in Mainz; nur circa 30 Parlier und  
eine Anzahl Lehrlinge wird man auf verschiedenen Bauten  
gewahrt. Ob hierin nun das was gemacht werden soll, was  
der Vorsitzende der Unternehmernorganisation, Hauswald,  
bereits im Januar bei der Unterhandlung erklärte: „20  
Jahre muß es Ruhe geben in der Industrie“, Ob der  
Gehaltliche von Mainz diesen Wahlspruch in die Tat  
umsetzen wird und kann, hängt zweifellos von der Stand-  
haftigkeit unserer Kollegen ab und von der Ausdauer der  
übrigen Unternehmer, sowie des Herrn Hauswald selbst.  
Recht dürfte ihnen dieser Kampf nicht werden. Selbstredend  
sind unsere Kollegen, wie immer, jederzeit zu Unterhand-  
lungen bereit. Auch hat Herr Oberbürgermeister Dr. Gahmer  
bereits Unterhandlungen eingeleitet, die aber kein politisches  
Ergebnis zeitigten. Ausgeschlossen sind 286 Kollegen, davon  
sind heruntergezogen 227 und deren Kassenbeitrag beträgt 673. Bau-  
arbeiter sollen circa 350 bis 400 in Mitleidenschaft gezogen  
sein.

Die Unternehmer in Königsflur haben am 29. April  
mit den Streikenden verhandelt. Nach längerer Diskussion  
wurden vorbehaltlich der Genehmigung der Versammlung folgende  
Vereinbarungen getroffen: 1. Jeder Geselle erhält pro Stunde  
2 1/2 Zulage. Der Minimallohn beträgt 36 1/2 pro Stunde.  
Junggelehrten sollen unter 30 1/2 Stundenlohn nicht erhalten.  
2. Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit wird nur in Not-  
fällen ausgeführt. Für die Leberarbeit sowie für Wasserarbeit  
und solchen Arbeiten, bei welchen die Arbeiter unter Hitze zu  
leiden haben, wird ein Zuschlag von 10 1/2 pro Stunde gewährt.  
Für Leberarbeit wird, wenn der Weg über 5 Kilometer  
beträgt, ein Zuschlag von 4 1/2 pro Stunde bezahlt. Bei Unter-  
nehmern von zwei Stunden und darüber hat der Meister für  
Nachtquartier zu sorgen. (Schlafen und Morgens Kaffe).  
3. An den Sonnabenden von den drei hohen Festtagen wird ohne  
Vesperpause gearbeitet und ohne Abzug des Lohnes um  
4 1/2 Uhr Feierabend gemacht. 4. Nachregelungen seitens der  
Meister wegen Zugehörigkeit der Gesellen zur Organisation finden  
nicht statt. Jedoch sollen auch keine Abregelungen seitens der  
Gesellen gegen Unorganisierte kommen. 5. Auf allen Neu-  
und Umbauten sollen Baubücher und Akte, welche den sanitären  
Ansprüchen genügen müssen, vorhanden sein. 6. Des Weiteren  
muß auf jedem Bau hauptsächlich aber bei Arbeiten außerhalb  
des Stadtgebietes, Verbandsmaterial vorhanden sein. 7. Im  
Februar 1904 sollen zwischen den Meistern und der Gesellen-  
organisation zwecks Neuregelung des Lohnes wieder Verhand-  
lungen stattfinden. — In der am anderen Tage stattgefundenen  
Versammlung haben die Streikenden einstimmig beschlossen, unter  
diesen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Kollegen  
sind nun aber auch stets eingedenk, daß hinter dem Vertrage



eine feste Organisation stehen muß. Darum sorgt unermüdetlich für Fortentwicklung derselben.

In Altona sind die Bauarbeiter im Streit, ungeachtet der drei Drittel der sonst beschäftigten Maurer sind in Mitleidenhaft gezogen worden. Unsere Kollegen haben beschlossen, sich streng nach den letzten Verbandsregeln zu verhalten.

Die Sperre über den Bau des Unternehmers Söhnchsen in Husum ist aufgehoben worden. Der Unternehmer hat sich mit unseren Kollegen geeinigt.

Die Eisenhörner Maurer haben vor längerer Zeit an die Unternehmer die Forderung gerichtet, die 9-tägige Arbeitszeit einzuführen und den Stundenlohn von 48 auf 63 A zu erhöhen. Unterhandlungen haben dies Deffieren stattgefunden, eine Einigung ist aber nicht zu Stande gekommen.

### Versammlungen und sonstige Bewegung.

#### Konferenzbericht vom Gau Etzlin.

Eine Konferenz für den Gau Etzlin tagte am Sonntag, den 19. April, im Stettiner Gewerkschaftshaus. Die Beratung der Tagesordnung ergab, daß von 60 Gau Etzlin gehörigen Zweigvereinen nur 21 Delegierte erschienen hatten.

Kollege Schauer erhaltete den Geschäftsbericht. Er wies darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit im Gau sich gegen das Vorjahr erheblich verringert habe, so daß 600 Mitglieder gewonnen waren, außerhalb des Gaus 68 Arbeit zu finden.

Ein Vorschlag für die Aufnahme neuer Mitglieder wurde abgelehnt. Ein Antrag für die Aufnahme neuer Mitglieder wurde abgelehnt. Ein Antrag für die Aufnahme neuer Mitglieder wurde abgelehnt.

Den Kassenbericht erhaltete Kollege Hahnemann. Die Einnahme betrug infolge Kassenbestand vom Vorjahre M. 8766,78, die Ausgabe M. 2068,87, so daß am 1. Januar 1903 ein Kassenbestand von 1718,41 vorhanden war.

Auf Antrag des Kollegen Petersdorf wurde dem Gauvorstand Entlastung erteilt und dem Vorsitzenden und Kassierer eine Entschädigung von je M. 80 bewilligt.

Eine lebhafte Debatte rief die Frage nach Anstellung eines besoldeten Hausbauers hervor, in deren Verlauf die Kollegen Marks und Schauer folgenden Antrag stellten: Im Prinzip ist die Anstellung eines besoldeten Hausbauers einleuchtend, jedoch ist die sofortige Anstellung eines solchen wegen nicht genügender Erörterung der Frage abzuweisen.

Kollege Böhmelt gab alsdann einen Überblick über die allgemeine Situation und die Fortschritte, die der Verband gemacht hat. Wenn wir auch mit der bisherigen Tätigkeit zufrieden sein können, so bleibt immerhin doch noch ein gutes Stück Arbeit zu erledigen übrig, für deren Bewältigung alle Verbandsmittelglieder mit Eifer und Ausdauer tätig sein müssen.

Weshalb wurde noch, daß die Konferenzdelegierten in Zukunft eine Entschädigung von M. 5, und wenn sie übernahmen, eine solche von M. 6 zu beanspruchen haben. Im Schlußwort forderte Kollege Schauer die Delegierten auf, die Agitation in diesem Jahre noch energischer als bisher zu betreiben, da noch annähernd an 4000 Maurer sich im Gau befinden, die dem Verbande nicht angehören.

#### Konferenz für den Gau Hamburg.

Am 26. April tagte in der „Vestinghölle“ in Hamburg eine Konferenz des Gaus Hamburg. Dieselbe wurde um 11 1/2 Uhr Morgens mit einigen Begrüßungsreden an die Delegierten durch den Gauvorstand Kobler eröffnet. Erschienen waren 66 Delegierte. Vom Gauvorstand waren außer dem Vorsitzenden noch die Kollegen A. Steiniger, F. Klänschen und Henje anwesend.

Der Geschäfts- und Kassenbericht des Gauvorstandes lag gedruckt vor und wurde von Kobler durch mündliche Ausführungen erläutert resp. ergänzt. (Eine auch nur theilweise Wiedergabe des gedruckten Berichtes erübrigt sich wohl, da wir

erst kürzlich den ausführlichen Jahresbericht des Gauvorstandes veröffentlicht haben. Ved. d. „Grdf.“) Kobler führte aus, daß die Mitgliederzahl im Gau nicht ab-, sondern zugenommen habe.

Er habe die Befürchtung geäußert, daß durch die Hamburger und Hieser Lohnbewegung ein Rückgang der Mitgliederzahl eintreten würde. Dies sei jedoch nicht eingetroffen, sondern die Mitgliederzahl sei noch um 600 gestiegen. Bezüglich der Agitation und der Organisation sei noch zu konstatieren, daß die auf der vorigen Konferenz ausgeprochenen Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen seien.

Der Gauvorstand habe geglaubt, in den jenseits der Elbe gelegenen Kreisen Danneberg, Hildesheim, Verden usw. mit der Organisation festen Fuß fassen zu können. Leider sei dies nicht gelungen. Danneberg sei als Zweigverein kaum zu halten. Die vorigen Kollegen hatten sich bereits eine Lohnbewegung von 27 auf 30 A pro Stunde und die zehn-tägige statt der elftägigen Arbeitszeit erkämpft.

Die Organisation vor den Augen der Mitglieder wieder zu beleben, durch den unglücklichen Ausgang der vorjährigen Lohnbewegung sei jedoch der Wankpunkt wieder unter den Kollegen eingerissen und die Zahl der Mitglieder schrumpfte leider immer mehr zusammen.

Die Hausbaufrage habe sich überall nach den übereinstimmenden Beschlüssen der Zweigvereinsvorstände recht gut bewährt. Von den 6 Lohnbewegungen im Gau sind leider nur 5 zu Gunsten der Gesellen ausgefallen. Das Zusammenarbeiten des Gauvorstandes mit den Zweigvereinsvorständen sei im großen Ganzen ein harmonisches gewesen.

In der Diskussion bemerkt Land-Hamburg, daß der vorliegende Geschäftsbericht des Gauvorstandes keineswegs davon angehen sei, belehrend auf die Mitglieder zu wirken. Vor allem seien in demselben die Angaben, ob die Unternehmer sich bei Lohnforderungen auf Unterhandlungen eingelassen, ob sie Angebote gemacht und aus welchen Gründen die Streiks verloren gingen; ferner, ob Fehler gemacht und wie sie gemacht habe, hauptsächlich aber müsse man verlangen, daß etwaige im Bericht aufgeführte Tabellen Anspruch auf Richtigkeit haben, dies sei aber bei den im Bericht vorliegenden bei seiner einzigen der Fall.

Die Angehörigen Mitgliederzahl differiere mit den Angaben des Verbandsvorstandes im Jahre 1901 um 601, im Jahre 1902 um 94. Auch in den übrigen Tabellen seien Unrichtigkeiten. Es sei doch wohl nicht zu annehmen, daß diese alle auf Druckfehler zurückzuführen sind. Auch die Abrechnung der Hausbaufrage in Bezug auf die Einnahme mit den Angaben des Hauptkassierers nicht überein.

Weshalb seien die Schlussummen übereinstimmend, aber bezüglich der einzelnen Einnahmeposten gingen die Angaben auseinander. Bezüglich der Einnahmeposten der Beiträge in den Wohnungen der Mitglieder hätte man im Bericht die Zahl der Mietanten angeben sollen, dann hätte man die Gegner der Hausbaufrage überzeugen können, daß dieses System der Beitragszahlung das bessere sei.

Weshalb fällt es überhaupt für ungewöhnlich, den Gaukonferenzen einen besonderen schriftlichen Bericht zu erstatten. Die hierauf verwendete Arbeit und Kosten könnten anderweitig nützlicher angewendet werden. Durch Statut und Gauregulation sei ja den Gauvorständen die Pflicht zugewiesen, über ihre Tätigkeit und die Verhältnisse im Gau alljährlich im „Grundstein“ zu berichten.

Weshalb fällt es überhaupt für ungewöhnlich, den Gaukonferenzen einen besonderen schriftlichen Bericht zu erstatten. Die hierauf verwendete Arbeit und Kosten könnten anderweitig nützlicher angewendet werden. Durch Statut und Gauregulation sei ja den Gauvorständen die Pflicht zugewiesen, über ihre Tätigkeit und die Verhältnisse im Gau alljährlich im „Grundstein“ zu berichten.

über die Bewegung des Mitgliederstandes hätte der Gauvorstand aber mindestens angeben sollen, wie viel verkaufte Karten er im Durchschnitt auf ein Mitglied gerechnet habe. Der Kassierer hätte seine Abschlüsse für denselben Zeitraum machen, für den der Verbandsvorstand seine Abrechnungen veröffentlicht, sonst würden ja zwischen beiden Abrechnungen in Bezug auf die Einnahmen des Hauptkassierers immer Differenzen entstehen.

Gusen-Marne bemerkte, daß die in der Abrechnung für Marie als rückständige Beiträge aufgeführten M. 7,20 schon bezahlt seien; der Kassierer Zweigverein bemerkt sich dagegen, noch als Schuldner bezeichnet zu werden.

Haß-Bandbesitzer beschwerte sich über die zu späte Zustellung des Berichtes, die Delegierten hätten keine Zeit gehabt, ihn zu studieren. Redner würde es lieber sehen, wenn der jetzige Gaubezirk in zwei Gauen geteilt werde, weil ihm das Gebiet für die praktische Arbeit zu groß erscheine. Auch könne er es nicht verstehen, warum Kobler von Ende Mai bis September habe in Hamburg sein müssen. Wenn ohne Kobler hätte kein Streik in Hamburg geführt werden können, dann sehe er für Hamburg recht traurig aus.

Steen-Jedoch bemerkte, daß sein Zweigverein für das zweite Quartal 1901 mit der Gausliste glatt abgerechnet habe. Der in der Abrechnung aufgeführte Rest von 70 A müsse ein Irrtum des Hauptkassierers sein.

Land-Hamburg bemängelte nochmals die Zahlen in dem Bericht. Auch verlangt er Auskunft über die Summe „Sonstiges“ M. 860.

Simonowitsch-Niel bemerkte, die Hieser Kollegen könnten sich schlecht begeistern, für 1901 Gelder an die Gausliste zu zahlen, da sie damals noch an die Agitationskommission gezahlt hätten. Auch er warf dem Gauvorstand vor, daß durch die Bewegung in Hamburg die Agitation im Gau vernachlässigt worden sei.

Umat-Jensburg sagte, im Grubenfeld sei von dem Mitgliede des Gauvorstandes ungeschickt in die Bewegung eingegriffen worden.

Henje-Hamburg lehnte jede Verantwortung für den vorliegenden sowie auch für den in Nr. 14 des „Grundstein“ veröffentlichten Bericht ab. Beide Berichte hätten den Mitgliedern des Gauvorstandes nicht im Korrekturabzug vorgelegen. Auch sei er mit dem Inhalt des Berichtes keineswegs einverstanden, weil er nicht die Bewegung im Gau widerspiegeln. Zum Mindesten hätte bei den paar im Gau vorgekommenen Lohnbewegungen angegeben werden können, in wie viel Orten die Unternehmer Angebote gemacht haben und welcher Art dieselben gewesen sind. In Dömitz sei seiner Ansicht nach eine große Ungefährlichkeit begangen worden.

Marr-Altona und Johansen-Neumünster machten noch Mängelstellungen bezüglich des Beitrages.

Woh-Cuxhaven konstatierte, daß in dem Bezirke seines Zweigvereins noch eine lokale Organisation der Maurer bestünde, die von den Unternehmern abhängig ist. Darauf sei die schwache Stellung des Verbandes in der dortigen Gegend zurückzuführen.

Böhmelt wies die Bemerkung eines Delegierten, die Gauberichte würden nicht vollständig im „Grundstein“ veröffentlicht, zurück; die Berichte des Gauvorstandes sollten den übrigen Mitgliedern des Gauvorstandes vor der Veröffentlichung vorgelegt werden. Daneben bedürfe es keiner Propaganda. Ueber die Lohnbewegungen könne sich Jeder, der nur Lust zum Lesen habe, zur Genüge aus den Veröffentlichungen des Zentralvorstandes unterrichten. Erhebungen könnten und dürfen nur von einer Stelle aus veranstaltet werden. Statistik sei nicht das eigentliche Feld der Gauleitungen, sondern die Agitation. Streiks hätten um minimaler Differenzen willen nicht hinausgezogen werden; darin werde immer noch recht oft gesündigt.

Das sei auch in Dömitz der Fall gewesen, obwohl dort die Kollegen tapfer und standhaft gekämpft hätten. Dadurch sei es schließlich zu einer schmachvollen Niederlage gekommen. Man solle Schluss machen, sobald man einsehe, daß nichts zu erreichen sei, um wenigstens die Organisation zusammenzubehalten. Eigenes Sinn bei Streiks sei ein Mann für den Verband. Aus diesen Ermahnungen heraus habe der Verbandsvorstand auch den Streik in Verden beendet. Auf die Arbeitskraft des Hausbauers habe auch Hamburg ein Anrecht; nach Lage der Dinge sei Kobler's Anwesenheit notwendig gewesen. Lohnbewegungen müßten bei Einheitslichkeit halber nur von einer Person geleitet werden. In Hamburg seien unter den leitenden Kollegen persönliche Differenzen vorhanden, unter denen die sachliche Behandlung der Fragen leide. Hier müsse ein kollegiales Verhalten der Einzelnen gegen einander im Interesse der Sache Platz greifen. Die Cuxhavener könnten bei besserer Organisation schon 50 bis 65 A Stundenlohn haben. Nützlich sei vor allem hier im Norden ein geschicktes, beschränktes Vorgehen der Unternehmer der innere Ausbau der Organisation und die tatsächliche Schulung der Mitglieder. Weiterer Gaus bedürfe es nicht, wenn die Zahlstellen die dort vorhandene Gestaltung agitativer genügend unterstützen. Einigkeit bleibe die Hauptbedingung jedes Erfolges.

Schuhmacher-Altona wünschte, daß die kleineren Ortsorte mehr vom Gauvorstand berücksichtigt werden, weil an diesen Orten die Organisation unter außerordentlichen Schwierigkeiten zu leben habe.

Kobler verzichtete in seinem Schlußwort um des lieben Friedens willen darauf, auf die Vorwürfe der Hamburger Delegierten zu erwidern. Die Fehler in den Statistiken seien auf die Hast der Herstellung zurückzuführen. Von 72 Zahlstellen hätten 88 in letzter Zeit Lohnbewegungen angemeldet. Die Tabellen seien auf Wunsch der früheren Konferenz zusammengestellt worden. Der Bericht im „Grundstein“ habe den übrigen Gauvorstandsmittgliedern zur Prüfung vorgelegen, auf die Verlesung des als Vorläufer vorliegenden Berichtes habe speziell Henje ausdrücklich verzichtet. Von dem Dömitzer Streik habe er erfolglos abgesehen. Er gebe sich überaus alt erdentliche Mühe, unüberlegte Schritte zu verhindern. Von dem Angebot der Unternehmer sei ihm nichts bekannt gewesen. Henje habe die Dömitzer zum Weiterstreifen angefordert, ein ihm übergebenes Schreiben aber nicht an den Gauvorstand abgeliefert.



Als die Grabensteiner Geschäfte... die Grabensteiner Geschäfte... die Grabensteiner Geschäfte...

Steiniger bemerkt, es sei ein Versehen... Steiniger bemerkt, es sei ein Versehen...

Summe im Kassenericht nicht... Summe im Kassenericht nicht...

dem Kassierer und Vorstand... dem Kassierer und Vorstand...

Ebenso wurde beschlossen... Ebenso wurde beschlossen...

Der Antrag Dömelburg's... Der Antrag Dömelburg's...

mitgliedern den Bericht... mitgliedern den Bericht...

in seinem Falle vorgehen... in seinem Falle vorgehen...

dem Kassierer und Vorstand... dem Kassierer und Vorstand...

Ebenso wurde beschlossen... Ebenso wurde beschlossen...

Der Zweigverein Brandenburg... Der Zweigverein Brandenburg...

am 19. April seine regelmäßige... am 19. April seine regelmäßige...

Die Beschlüsse wurden... Die Beschlüsse wurden...

Am Dienstag, den 21. April... Am Dienstag, den 21. April...

die Generalversammlung... die Generalversammlung...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

die Auszahlung der Unterstufung... die Auszahlung der Unterstufung...

In Chemnitz tagte am 22. April... In Chemnitz tagte am 22. April...

Der Zweigverein Dortmund... Der Zweigverein Dortmund...

am 22. April, im Vereinslokal... am 22. April, im Vereinslokal...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

In Gießhübel fand am 21. April... In Gießhübel fand am 21. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...

Am Sonntag, den 19. April... Am Sonntag, den 19. April...

die Beschlüsse wurden... die Beschlüsse wurden...



Wahrung, das, wer das Bedürfnis habe, gegen Krankheit doppelt  
versichert zu sein, er habe Gelegenheit genug, in anderen Klassen  
dies thun zu können; man solle uns doch nicht doppelt unter  
Auratel stellen und man solle sich doch nicht zu viel vom Mittel  
zum Zweck zu Gute thun; will man dadurch die Mitglieder  
zusammenkleben? Kann dies Mittel nicht dieselbe Art der  
anderen Seite in das Gegenteil umlagern? Der Redner  
glaubt im Sinne der Versammlung behaupten zu können, daß  
die Mitglieder eine zweite Krankenkasse in Verband für verwerflich  
halten. Wir erkennen das Scharflicht dem demokratischen  
Standpunkt an, aber befriedigt wird es uns nun und nimmer.  
Insbesondere tadelte Redner noch die Schreibweise des Vor-  
standes in dem Artikel „Unser Mitzeugs“ in Nr. 18 des „Grund-  
stein“, worin es heißt: „Mögen überflüssige Leute spöttisch von  
Röhrengirndeln reden, das soll uns wenig kümmern.“ Es  
seht bloß noch, meint der Redner, daß es hinterher heißt: wir  
maden's doch, wie wir wollen. Welche Bezeichnung diese  
Schreibweise verdient, will Redner vorläufig für sich behalten.  
Der Artikel ist schließlich auch eine Hilfe für den Zweigverein  
Jüterbog, weil er sich erlaubt hat, auf Grund seines Rechts  
Kassenberichts anzufragen zu stellen, und da Jüterbog gerade die  
Krankenunterstützungsparagrafen nicht haben wollte, so wäre  
es leicht möglich, uns beratig abfinden zu wollen. Redner  
ernte großen Beifall. Mit den Ausführungen erklärte sich die  
Versammlung einverstanden.

Anmerkung der Redaktion: Der Ton und die  
Art und Weise, mit der Kollege Werner die letzten Verhandlungs-  
beschlüsse betr. die Krankenunterstützung kritisiert hat, war unersch.  
Eradignis durchaus nicht am Plage. Der Plan, die Kranken-  
unterstützung im Verband einzuführen, ist nicht über Nacht ge-  
kommen und vom Vorstand in doshastiger Weise ausgeführt worden,  
nur um das Verbandsvermögen für Unterstützungszwecke zu  
verzehren und die Mitglieder hinterher mit erhöhten Beiträgen  
zu belasten, sondern schon der Jüterbog-Verbandsrat hat sich mit  
dieser Frage beschäftigt und den Vorstand beauftragt, dem nächsten  
Verbandsrat eine diesbezügliche Vorlage zu machen. Kollege  
Werner hat also volle zwei Jahre Zeit gehabt, die Verbands-  
mitglieder vor der Einführung der Krankenunterstützung zu  
warnen, wenn er sich nicht Gutes für den Verband davon  
versprach. Er hat dies unseres Wissens aber nicht getan,  
sondern erwartet, bis die Einführung beschlossen war,  
um dann dagegen Opposition zu machen. Ob das die  
richtige Art ist, den Verbandsinteressen zu dienen,  
mögen die Verbandsmitglieder entscheiden. Wenn Kollege  
Werner dem Verbandsvorstand noch ganz besonders Eins aus-  
zusetzen will, indem er ihm die Autorität des Artikels in  
Nr. 18 des „Grundstein“, „Unser Mitzeugs“ zuschreibt, so hat er  
damit gründlich daneben gehauen. Und mit seiner Annahme, daß  
dem Zweigverein Jüterbog durch einen Ausdruck in diesem  
Artikel eine bittere Wille zum Schaden gegeben worden sei,  
schießt er ebenfalls weit über das Ziel hinaus. Wir können  
dem Kollegen Werner versichern, daß dem Autor beim Schreiben  
des Artikels kein Zweigverein unerses Verbands vorgeschwebt  
hat, am allergeringsten der Jüterbog-Verband. Wir können  
dem Kollegen Werner nur den guten Rath geben, sich vorher  
über die Verhältnisse besser zu informieren, bevor er in maßloser  
Weise Kritik lißt, er macht sich sonst lächerlich und schädigt  
obendrein den Verband.

Am Sonntag, den 28. April, fand im Saale der „Woll-  
schlach“ in Kulmbach eine mächtig besuchte öffentliche Maurer-  
und Steinhauerversammlung statt, zu welcher der Gauvorsitzende,  
Kollege Werler aus Nürnberg, als Redner erschienen war.  
Der erste Vortrag des Redners handelte von der Angelegenheit  
des Verbands und die Aufmerksamkeit der Anwesenden durch  
seine trefflichen Ausführungen im höchsten Grade zu fesseln.  
Kollege Werler legte den Anwesenden die Lage der Kulmbacher  
Maurer klar vor Augen. Der Beifall, der dem Redner zu Theil  
wurde, zeigte, daß er den Anwesenden aus dem Herzen ge-  
sprochen hatte. Nun, Ihr Kulmbacher Maurer! Kollege Werler  
hat uns durch seine Ausführungen gezeigt, in welchen Verhält-  
nissen wir leben und arbeiten. Er hat uns den Weg gezeigt,  
auf welchem wir uns von den unwürdigen Fesseln befreien  
und bessere Arbeitsbedingungen schaffen können. Wer wollte da  
zurückschrecken, wer wollte da nicht eintreten als tapferer Kämpfer  
in die Reihen der organisierten Arbeiter? Darum theile ein in  
die Organisation, die auch auch noch sonstige Vortheile, wie  
Rechtsschutz in allen gewerblichen Streitigkeiten, Heise-, Sterbe-  
und Krankheitsunterstützung gewährt, lehr die Feinde erkennen  
und verteidige eure drohenden Rechte! Zum Schluß forderte  
der Vortragende, Kollege Landgraf, die Anwesenden zum Beitritt  
auf, worauf sich auch eine Anzahl Kollegen aufnahmen ließ.  
Ferner ersuchte er, auf die „Friedl. Wollschlach“ zu abonnieren.

Die Maurer-Religions-Versammlung am Dienstag, den 21. April,  
im „Bankhaus“ eine öffentliche Versammlung ab. Den Bericht  
vom Bauarbeiterkongress erstattete Kollege Weyer. Er er-  
wähnt einleitend, daß zum Schutz der Bauarbeiter wenig geschehen  
sei und das bis jetzt Geklagte steht in der Hauptstadt nur  
auf dem Papier. Die Sucht nach Profit führe zu den vielen  
Unfällen. Auch bei den Unternehmern, die den Ver-  
sicherungsnachweis verlangen, seien die meisten Unglücksfälle  
vorgekommen. Der Kongress habe daher mit Recht gefordert,  
daß der Bauarbeiterkongress rechtsgültig geregelt und zur Über-  
wachung der Bauindustrie, praktische Arbeiter mit herangezogen  
werden. Wie notwendig auch in anderen Verfassungen ein Schutz  
der Arbeiter sei, habe die Gelegenheit der Tagung des Kongresses  
veranlaßt Ausstellung gezeigt. Es sei nöthig, wieder Material  
für den nächsten Kongress zu sammeln. In der Diskussion  
führte Kollege Jakob aus, daß die Arbeiter der ganzen Gegend  
zu thun gegenübersehen, sie müßten die Unternehmer zur  
Herbeiführung besserer Schutzs veranlassen. Hierauf berichtete  
Kollege Wüsch über den Siebenten Verbandsrat, der besondere  
Bedeutung dadurch bekommen habe, daß alle europäischen  
Fesseln, in welchen Maurerorganisationen bestehen, brechen  
waren. Die Zahl der Mitglieder des Verbandes ist gestiegen;  
das Vermögen sei, trotz Einführung von Sterbegeld, ge-  
wachsen. Auch sei ein Kartellvertrag zwischen Baurarbeitern,  
Zimmerern und Maurern angenommen worden. Das Statut  
habe eine große Änderung erfahren. Redner empfahl die  
Anknüpfung des Protokolls. Nach kurzer Diskussion sprachen  
Jakob und Weyer auf eigene Verantwortung der  
Kollegen. Am schlußlichen, wie hat die Versammlung vor, soll  
am Sonnabend, den 2. Mai, auf die Sammelkarte ein Vermerk  
gemacht werden. Unter „Innere Berufsangelegenheiten“ wurden  
die letzten Verhandlungen einer solchen Kritik unterzogen. Kollege  
Wörzinger fragt noch an, warum die Nr. 2000 für Wahlzwecke  
in der „Wollschlach“ noch nicht quittiert seien, was von Weyer  
ausdrücklich beantwortet wurde.

Der Zweigverein Rissa i. Rosen hielt am Donnerstag, den  
28. April, im Vereinslokal, Buchwälderstraße 4, seine Mit-  
gliederversammlung ab, die sich u. a. auch mit der Erneuerung  
eines Vertrages mit den Meistern beschäftigte. Vor Eintritt in  
die Tagesordnung wurde zunächst das Andenken eines ver-  
storbenen Kollegen in der stillen Weise gelehrt. Sodann  
wurde vom Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal vor-  
gelesen; selbige ward von den Meistern geprüft und für richtig  
befunden; es wurde deshalb dem Kassierer Decharge erteilt.  
Kollege Wüsch erstattete sodann Bericht vom siebenten Verbandsrat  
und vom Bauarbeiterkongress. Die Berichterstattung wurde  
von den Kollegen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Der  
Gauvorsitzende, Kollege Höcker, sprach ebenfalls über  
den Bauarbeiterkongress und führte den Kollegen vor Augen,  
wie viel Opfer schon gebracht wurden und wie viel noch  
gebracht werden müssen, ehe eine richtige Baukontrolle  
zu Stande kommen wird. Betreffs Abschließung eines Ver-  
trages beschloß die von circa 100 Mitgliedern besuchte Ver-  
sammlung einstimmig, daß der Vorstand den Meistern ein  
Schreiben zugehen läßt, in welchem in nächster Zeit eine münd-  
liche Verhandlung gefordert wird. Im Punkt „Beschiedenes“  
mußte man hören, daß in dem nachbarschaftlichen Schweißau-  
„E. Hochwürden“ untern Kollegen Schwärzigen machen  
will. Selbiger giebt den Nutzen sowie die Unentbehrlichkeit der  
Organisation zu, will aber, daß die Kollegen den „Grundstein“  
nicht lesen. In der Versammlung wurde ausgeprochen, daß  
die Kollegen in Schwertau sich nicht auf Abwege drängen lassen  
dürften, sondern fest an dem Zentralverband der Maurer halten  
müßten, denn um die Aufrechterhaltung unserer traugigen Lage  
hätte sich ebenfalls Niemand gekümmert, außer unserem Zentral-  
verband und unserem Amt. Betreffs Abschließung eines Ver-  
trages beschloß die von circa 100 Mitgliedern besuchte Ver-  
sammlung einstimmig, daß der Vorstand den Meistern ein  
Schreiben zugehen läßt, in welchem in nächster Zeit eine münd-  
liche Verhandlung gefordert wird. Im Punkt „Beschiedenes“  
mußte man hören, daß in dem nachbarschaftlichen Schweißau-  
„E. Hochwürden“ untern Kollegen Schwärzigen machen  
will. Selbiger giebt den Nutzen sowie die Unentbehrlichkeit der  
Organisation zu, will aber, daß die Kollegen den „Grundstein“

nicht lesen. In der Versammlung wurde ausgeprochen, daß  
die Kollegen in Schwertau sich nicht auf Abwege drängen lassen  
dürften, sondern fest an dem Zentralverband der Maurer halten  
müßten, denn um die Aufrechterhaltung unserer traugigen Lage  
hätte sich ebenfalls Niemand gekümmert, außer unserem Zentral-  
verband und unserem Amt. Betreffs Abschließung eines Ver-  
trages beschloß die von circa 100 Mitgliedern besuchte Ver-  
sammlung einstimmig, daß der Vorstand den Meistern ein  
Schreiben zugehen läßt, in welchem in nächster Zeit eine münd-  
liche Verhandlung gefordert wird. Im Punkt „Beschiedenes“  
mußte man hören, daß in dem nachbarschaftlichen Schweißau-  
„E. Hochwürden“ untern Kollegen Schwärzigen machen  
will. Selbiger giebt den Nutzen sowie die Unentbehrlichkeit der  
Organisation zu, will aber, daß die Kollegen den „Grundstein“  
nicht lesen. In der Versammlung wurde ausgeprochen, daß  
die Kollegen in Schwertau sich nicht auf Abwege drängen lassen  
dürften, sondern fest an dem Zentralverband der Maurer halten  
müßten, denn um die Aufrechterhaltung unserer traugigen Lage  
hätte sich ebenfalls Niemand gekümmert, außer unserem Zentral-  
verband und unserem Amt. Betreffs Abschließung eines Ver-  
trages beschloß die von circa 100 Mitgliedern besuchte Ver-  
sammlung einstimmig, daß der Vorstand den Meistern ein  
Schreiben zugehen läßt, in welchem in nächster Zeit eine münd-  
liche Verhandlung gefordert wird. Im Punkt „Beschiedenes“  
mußte man hören, daß in dem nachbarschaftlichen Schweißau-  
„E. Hochwürden“ untern Kollegen Schwärzigen machen  
will. Selbiger giebt den Nutzen sowie die Unentbehrlichkeit der  
Organisation zu, will aber, daß die Kollegen den „Grundstein“

In Nürnberg tagte am Sonntag, den 28. April, in der  
„Deutschen Kränzhalle“ eine öffentliche Maurerversammlung, die  
von 45 Kollegen besucht war. Kollege Ludwig erstattete  
als Delegierter Bericht vom Bauarbeiterkongress und vom  
siebenten Verbandsrat. Er erläuterte in 15-minütiger Rede die  
Beschlüsse und Verhandlungen der beiden Tagungen. Weiter  
wurde berichtet, daß die Baugewermeister in München und  
Umgebung beschlossen haben, diejenigen, die den 1. Mai feiern,  
2 bis 3 Tage auszusperrten. Beschlossen wurde weiter, den  
1. Mai durch Vertrauensmänner zu besetzen, den Beitrag im nächsten  
Quartal von 80 auf 85 % zu erhöhen.

In Heidenbach i. W. fand am 26. April eine öffentliche  
Maurerversammlung statt, in welcher Kollege Ludwig Bericht  
erstattete vom siebenten Verbandsrat. Er legte den Anwesenden  
die wichtigsten Beschlüsse derselben in gut verständlicher Weise  
klar und verrieth im Uebrigen auf das neue Statut. Die Ver-  
sammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Verbandsrates  
einverstanden. Eine Anfrage des Kollegen Schiller, ob die  
Sterbenunterstützung nur einmal für die Frau eines Mitgliedes  
ausbezahlt werde, wurde vom Kollegen Ludwig in zufrieden-  
stellender Weise beantwortet. Hierauf gab Kollege Dolt den von  
den Meistern geprüften und als richtig anerkannten Meistern-  
schaftsbericht für das 1. Quartal. Hierzu wurde gegen eine  
Stimme beschlossen, daß bei jeder Quartalsabrechnung sämt-  
liche Bücher und Marxen der Hilfskassier zur Stelle sein  
müssen. Bezüglich des Zimmerschnittes wurde bekannt gegeben,  
daß der Hauptvorstand die Mitglieder auf 12-15 des neuen  
Statuts verwiesen habe. Kollege Ludwig berichtete hierauf als  
Mitglied über eine Innungsversammlung, welche am Abend  
vorher stattgefunden habe und in der die Unternehmer einen  
abnehmenden Standpunkt eingenommen hätten. Die Versammlung  
beschloß einstimmig, die Zimmerer moralisch nach Kräften zu  
unterstützen und keine Streikarbeit zu verrichten. Mit einem

dreimaligen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutsch-  
lands schloß Kollege Dolt die interessante Versammlung.  
In Schwertau i. W. fand am 21. April die regelmäßige  
Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer verlas zunächst die  
Abrechnung vom 1. Quartal. Darnach hatte die Hauptkasse  
eine Einnahme und Ausgabe von M. 853.40, die Lokalasse eine  
Einnahme inkl. Kassenschatz von M. 338.40 und M. 157.07  
Ausgabe, so daß ein Kassenschatz von M. 181.33 verbleibt.  
Ausgeschlossen wurden 7 Mitglieder, ausgetreten ist 1 und ein-  
getreten 1 Mitglied. Die Zahl der Mitglieder wurde auf Antrag  
des ersten Quartals 160. Dem Kassierer wurde auf Antrag  
der Meistern Decharge erteilt. Hierauf wurde in eine Be-  
sprechung über die Bedeutung des 1. Mai eingetreten. Nach  
lebhafte Debatte wurde einstimmig eine Resolution angenommen,  
in welcher die Erwartung ausgesprochen wird, daß diejenigen  
Kollegen, welche am 1. Mai die Arbeit nicht ruhen lassen können,  
mindestens den dritten Teil des Lohnes an den Kassierer ent-  
richten werden. Für den Wahlfonds wurden M. 50 benötigt.  
Nachdem noch bestimmt, wie viele Protokolle des letzten Ver-  
bandsrates bestellt werden sollen, und bekannt gegeben war,  
daß die Sperrung über die Bauten von Febrer von Seiten der  
Zimmerer im letzten Augenblick nicht verhängt worden sei und  
somit der Kampf mit dem Unternehmer von den Maurern und Bau-  
arbeitern allein überlassen blieb, erfolgte Schluß der gut be-  
suchten Versammlung.

Am Sonntag, den 26. April, hielt der Zweigverein Ettlin  
seine Mitgliederversammlung im Lokal des Herrn Buchholz ab.  
Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des ver-  
storbenen Kollegen August Peters in gebührender Weise  
gelehrt. Bezüglich der Maurer wurde beschlossen, überall dort,  
wo irgend anständig, die Arbeit ruhen zu lassen. Die Kollegen,  
welche infolge des 1. Mai gemahrt werden, sollen sich am  
folgenden Tage, also am 2. Mai, bei C. Petri, Kronprinz-  
straße 28, melden. Dann erstattete Kollege Ferdinand Schmitz  
Bericht vom Bauarbeiterkongress und vom Verbandsrat.  
Kollege Marks erläuterte eingehend das Statut, welches alsbald  
in Kraft treten wird. Die Beschlußfassung über die Haus-  
sicherung wurde nach einer lebhafte Debatte zur nächsten Ver-  
sammlung vertagt. Die arbeitslosen Kollegen, welche ihre  
Bücher sechs Wochen hintereinander haben abstecken lassen,  
bestimmen je eine einmalige Unterstützung von M. 15, welche  
am Sonntag Vormittag, den 3. Mai, von 9 bis 10 Uhr bei  
Petri, Kronprinzstraße 28, ausbezahlt wird. Kollege Julius  
Reiber wurde, da er gegen die Interessen des Verbandes ver-  
stoßen hat, ausgeschlossen. Kollege Furtwängler erhielt die  
billige Krankenunterstützung.

In Tremschen tagte am Sonntag, den 26. April, eine  
öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung. Zum ersten  
Punkt der Tagesordnung: „Zweck und Nutzen der gewerblich-  
lichen Organisation“, referierte W. Schulz-Polen. Nach dem  
Beifall aufgenommenen Vortrag wurde ein Zweigverein für  
Tremschen gegründet, dem 22 Kollegen beitraten. Hervorzu-  
heben ist aus dieser Versammlung, daß die Kollegen, trotz ver-  
schiedener Kamp gegen ihre deutschen Kollegen einstimmig der  
Ansicht waren, daß Polen und Deutsche gemeinsam in gewer-  
bschaftlichen Kampf zusammen arbeiten müssen.

In Weiberode fand am Sonntag, den 26. April, eine  
öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung statt, in welcher der Zweig-  
vereinsvorsitzende, Kollege Otto Woyt aus Cassel, einen Vor-  
trag hielt über: „Die Vergangenheit und Zukunft des Zentral-  
verbandes“. Kollege Woyt hob besonders hervor, daß die  
Maurerschaft in der Provinz Hessen es besonders nöthig hat,  
ihre schieben Verhältnisse anzubahern. Um dieses zu erreichen,  
müsse ein jeder Maurer dem Zentralverband angehören. Wenn  
man zurückblände auf die Jahre 1895 und noch weiter zurück,  
wo der höchste Lohn in Cassel 35 % pro Stunde und noch  
darunter betrug, so muß sich ein jeder Kollege fragen, wie ist  
es möglich gewesen, den Lohn auf die jetzige Höhe von 45 %  
pro Stunde zu bringen; dies sei nur durch die Organisation  
möglich gewesen. Wären die Kollegen in früherer Zeit schon  
organisiert gewesen, so hätten wir eine Anzahl Streiks erparen  
können. Deshalb sei es Pflicht eines jeden Kollegen, welcher  
noch nicht dem Zentralverband angehört, sich demselben anzuschließen,  
damit wir, wenn die Unternehmer uns einen Kampf  
aufdrängen, auch im Stande sind, denselben siegreich durch-  
zuführen. Sodann wurde beschlossen, eine Bahnhalle des Zweig-  
vereins Cassel zu gründen.

### Christlicher Berrath.

Was da n-ig schreibt man uns:  
Wider unser Verhasst sind wir gezwungen, die  
Spalten des „Grundstein“ für uns in Anspruch zu nehmen,  
um die Verlesungen in der „Baugewerkschaft“ — Organ  
der christlichen Maurer — in Nr. 52, Jahrgang 1901 und  
Nr. 12, Jahrgang 1902, zurückzusetzen. Wir glauben, dies  
unsern Kollegen schuldig zu sein, da sonst leicht der Ver-  
dacht entziehen könnte, daß wir Behauptungen in die Welt  
schleubern, die wir nicht beweisen können. Eine von uns  
gegen die Baugewerkschaft angeführte Klage wurde von der  
hiesigen Staatsanwaltschaft abgelehnt, da der Erscheinungs-  
ort des Blattes Berlin, zuständig sei; hiergegen wurde von  
unserm Rechtsanwalt Beschwerde erhoben, wodurch sich die  
Sache in die Länge zog. Unglücklicherweise hat nun der  
Rechtsanwalt Zehn dem wir die Sache amtreizant hatten,  
Denkig den Mäden gefehlt, wobei wir die übliche Erfahrung  
machen mußten, daß er uners. Sache, entgegen seinen Ver-  
sicherungen, vollständig verdruckt hatte und diese somit ber-  
führbar war. Dies die Gründe, die uns verhindert haben, das  
Verhältnis der Christlichen zu den Meistern gerichtlich fest-  
stellen zu lassen.

Unsch zu diesem Konflikt gab ein zu einer öffentlichen  
Maurerversammlung verschiedenes Augenlicht, worin behauptet  
wurde, die „Christlichen“ hier am Dreie hätten eine Ver-  
einbarung mit den Unternehmern getroffen dahingehend:  
den „Christlichen“ werden bei Einstellung von Gelellen von  
den Meistern bevorzugt, dagegen verpflichten sie sich, bei  
einem eventuellen Streik als Streikbrecher zu arbeiten.  
Diese von uns veröffentlichte Behauptung gab der „Bau-  
gewerkschaft“ Veranlassung, in ihrer Nummer 52, Jahrgang  
1901, dem Verleger des Flugblattes, Kollegen Wolf, der Lüge  
und Verleumdung zu zeihen. Daß die damaligen Vorstände  
von allen sechs „Christlichen“ Bahnhallen hier am Dreie ohne  
Ausnahme, und auch fast alle Mitglieder, Streikbrecher  
hätten — Namen stehen, wenn gewinnig zur Verfügung —  
trauben wir. Wir weisen aber nicht, daß in der Redaktion  
der „Baugewerkschaft“ auch Leute sitzen, die sich mit diesen  
Elementen identifizieren, indem sie — wie anzunehmen ist



nach vorhergehender Erhebung — durch Zugewinn zu bezeichnende Einzelarbeiten als Lüge hinstellen.

Die Sache verhält sich wie folgt: Am 29. März 1901, Abends 8 Uhr, habe ich auf dem Bureau des Obermeisters Herzog wegen einer Klage, die dort geregelt wurde, Termin. Gleichzeitig war auch der Vorsitzende der „Christlichen“ Baufelds, Danzig, Gsch., im Wartezimmer anwesend. Nach meiner Abfertigung wurde Gsch. in ein anderes Zimmer gerufen, welches sorgfältig zugemauert wurde. Dies stellte ich in unserer nächsten Vorstandssitzung meinen Kollegen mit, wobei ich bemerkte, daß etwas im Werke sein müsse. Hierauf wurde einer unserer Kollegen beauftragt, sich zu der nächsten Mitgliederversammlung der „Christlichen“ Zutritt zu verschaffen, was ihm denn auch gelungen ist. Lassen wir nun das Protokoll, das der betreffende Kollege aufgenommen hat und, trotzdem er dem Verbande nicht mehr angehört, noch heute beizubringen will, teilweise folgen:

„Mitgliederversammlung am 31. März 1901 im „Josephshaus“. Anwesend sind circa 25 Mitglieder. Gsch. berichtet, der „Christliche“ Verband hat an die hiesige Bauinnung eine Petition gerichtet, etwa folgenden Inhalts: „Der Vorsitzende der Bauinnung möge doch dahin wirken, daß die arbeitslosen Mitglieder des „Christlichen“ Verbandes eingestellt würden, da dieselben doch während des letzten Streiks gearbeitet hätten, trotz aller Schmähworte und Drohungen vor Streikenden. Sollte es in diesem Jahre wieder zum Streik kommen, würden sie, die „Christlichen“, ungenötigt arbeiten.“ Dann folgen die Unterschriften der arbeitslosen Mitglieder des „Christlichen“ Verbandes. Auf Grund dieser Eingabe wurde Gsch. zu Herzog geladen; zugegen waren Herzog, Prochnow, Fey und noch Andere. Gsch. erhielt nun den Bescheid, er möge eine Liste der Arbeitslosen einreichen, mit der Angabe, wie viel Lohn sie zuletzt erhalten hätten. Diese Liste sollte den Innungsmitgliedern unterbreitet werden. Die Petenten müßten aber auch versprechen, bei einem etwaigen Streik zu arbeiten.“

So der Bericht über diesen Punkt. Und diesen Inhalt befaßt die „Baugewerkschaft“ abzufragen. Man kann nur zweierlei annehmen: Entweder die „Baugewerkschaft“ ist von ihren Vertrauensmännern belogen worden, oder sie hat sich geführt, der Öffentlichkeit allzu naßhaft zu zeigen, welches das Ziel der „Christlichen Gewerkschaftsbewegung“ ist. Noch nirgends ist das Ziel so klar zu Tage getreten, wie gerade hier. Auch im Fall des Sagenarbeiters Streiks (Nr. 26 d. „Grundstein“ 1901) steht fest, daß die „Christlichen“ organisiert Sagenarbeiter beschlossen haben, ihren streikenden Berufscollegen in den Rücken zu fallen. War es schon an und für sich verpöschig genug, daß Herr Wiedberg während des letzten Streiks mit seinem Organisationsrat auf dem Plane erspäht, zu einer Zeit, wo die Einigkeit der Maurer Danzigs unter allen Umständen erforderlich war, so ist es noch viel verwerflicher, daß gerade in diesem Moment alle Streikbrecher in der „Christlichen“ Organisation Aufnahme fanden, so daß fast ausschließlich die ganze Organisation aus Streikbrechern bestand. Den Streikbruch zu organisieren, ist also das Verdienst des Herrn Wiedberg. Doch: wie gewonnen, so zerronnen. Stolz erklärt Herr Wiedberg in Nr. 27 der „Baugewerkschaft“ 1901: „Die „Christlichen“ müssen Streikbrecher sein, sonst schwindet den Freien der Boden unter den Füßen und die berufenen Arbeiterbetreuer sehen die Zahl ihrer Nachbeter immer kleiner werden. So steht die Sache in Danzig und das hat den Ligamenten des „Christlichen“ Verbandes gegeben, den „Christlichen“ Maurerverband“ einen Streikbruchvertrag mit den Danziger Unternehmern abzuschließen zu lassen.“

Wo sind denn nun die „Christlichen“ Baufelder“ geblieben, die damals gegründet wurden? In den Urks sind sie gefahren! Nicht eine einzige ist von der ganzen „Gesellschaft“ (so der ursprüngliche Name) übrig geblieben; nur in dem Namen von hier entfernten Pöppel hat der „Christliche“ Verband noch ein Dutzend Mitglieder, die aber „Laut Bericht in Nr. 14 d. W., Jahrg. 1903, keine Beiträge bezahlen wollen. Und gestützt auf solche Elemente erklärt die „Baugewerkschaft“ es für Rüge und Verleumdung, wenn der oben sitzende Vertrag von uns der Öffentlichkeit preisgegeben wird. Es ist dies ein eigentümlicher Zug der „Christlichen“ Demagogen, sich zu rechtfertigen, wenn sie bei ihrer wahren „Christlichen“ Gesinnung einmal in flagranti erwischt werden. Lebrigens habe ich diesen Sachverhalt in einer „Christlichen“ Versammlung, die ungefähr im März 1902 hier im „Josephshaus“ stattfand, und in der Jakob-Gannover als Referent anwesend war, mitgeteilt, warum ich hierüber kein Bericht in der „Baugewerkschaft“ ersandte? Die „Baugewerkschaft“ ist doch sonst im Besitze einer Nazitätenammlung von Berichten. Jedenfalls wäre er geeignet gewesen, eine Lügenfabrik zu zerstören.

S. A.: Grünhagen.

**Vom Bau.**

**Anfälle, Arbeiterlohn, Submissionsen etc.**

Bönitzberg i. Br. Ein folgiger Unfallsfall ereignete sich am 30. April auf dem Viehmarkt auf einem Neubau. Der Arbeiter Günz wurde von einem aus der Höhe von mehreren Stagen herabfallenden schweren Ziegelstein so unglücklich an den Kopf getroffen, daß er blutüberströmt und bestimmungslos hinfiel. Mit dem Unfallwagen wurde er in das Krankenhaus geschafft, wo die Ärzte einen Schädelbruch und andere Verletzungen des Kopfes konstatierten. — Wer hat Schuld?

**Wie die Bauarbeiter in Dispreußen leben und sterben.** Man schreibt uns: Im Königl. Reichsamt zu Tübingen wird ein Speisehaus gebaut, das von dem Unternehmer Schmalen aus Darheimen ausgeführt wird. Dieser Mann rühmt sich, daß er dem Arbeitgebenden von Dispreußen angehört. Da es am Orte keine anständigen Maurer gibt, müssen auswärtige herbeigeholt werden. Es müßte nun jeder vernünftige Mensch für selbstverständlich halten, daß entweder von der Bauverwaltung oder dem Unternehmer dafür gesorgt wird, daß auch die Leute, welche so wie so schon bei der schlechtesten Witterung viel zu leiden haben, ein menschenwürdiges Nachschlager erhalten. Diesem ist aber nicht so, sondern den Maurern und Baumarbeitern ist ein leeres Mann angewiesen, in dem etwas Stroh hinein gehakt ist. Hier müssen sie wohnen und schlafen. Als Schlafende wird in der Regel das nasse Zeug, welches die Arbeiter am Tage bei der Arbeit über dem Kopfe gehabt, gebraucht. Auch am Abend des 23. April begaben sich 17 Maurer

und Bauarbeiter auf dieses gemeinsame Strohlager zur Ruhe. Am nächsten Morgen bemerkten die Bewohner der Schlafstelle, daß der Arbeiter Klaus während der Nacht seinen Kopf aufgegeben hatte, ohne daß es einer von den Mitwohnern des Strohlagers bemerkt hätte. So leben und sterben Bauarbeiter in Dispreußen und das an einem königlichen Bau! Kommarier überflüssig!

**\* Mangelhafte Betriebsbedingungen oder Unvorsichtigkeit des Arbeiters?** Auf dem Neubau „Rieshof“ in Magdeburg wollte der Maurer Gustav Küller aus Diesdorf von der Schutzführung der ersten Etage aus ein Brett vernageln. Hierbei gab das Mauerwerk über den Abstützungen nach, wobei L. so unglücklich abstürzte, daß er das linke Bein brach. Der Verletzte wurde sofort per Droschke nach dem Allstädtischen Krankenhaus gebracht.

**\* Submissionsblüten.** In Ruburg befristeten sich bei der Vergabe der Erdarbeiten zur Freigebung 8 Unternehmer. Der Mindestfordernde will die Arbeit für M. 35485 ausführen, während der Höchstfordernde nur etwas mehr als das Doppelte verlangt, nämlich M. 72840. — Für Ruburgarbeiten an der Elbfähre, nämlich die Kantalfabrikarbeiten in Elberfeld (Kantalfabrik am linken Ufer) fordern Schulze & Gerdts (Barmen M. 7823,46), Schreiber & Frickel (Dießdorf M. 21 950,80). Fünf andere Unternehmer machten Angebote von M. 22953,76 bis M. 35231,64. — In Rubeck, einem Dorfe im Kreise Ruppin (Brandenburg) befristeten sich 22 Unternehmer an der Einreichung von Offerten, um Erdarbeiten zu erledigen (es sind 50 000 cbm Boden zu bewegen, bis zu 8 m Entfernung). Ein Unternehmer, Bogel, hat von der Angebotssumme 15 pEt. abgeben; wie hoch sich diese Summe beläuft, ist vorläufig nicht bekannt. Der Herr Bogel hat also Kalkulationen überhaupt nicht angestellt, sondern auf Grundvermögen abgeteilt. — Die übrigen Angebote variieren zwischen M. 16 082 und M. 42 220. — Der Bogel wurde aber diesmal in Elberfeld abgelehnt. Für die Ausführung des Hauptauftrags werden die Unternehmer Stelzner & Müller in Elberfeld M. 19 565,50 und die Unternehmer Weder & Böhm in Köln und Bonn M. 85 415. Sieben andere Firmen forderten M. 27 789,84 bis M. 39 093.

**Aus anderen Berufen.**

**\* „Die Baugewerkschaft“**, das Organ der „Christlichen“ Bauhandwerker, hatte die Freundlichkeit, in einer ihrer letzten Nummern einen Abriss aus unserem Organ abzubilden. Wir sind mit dieser Propagierung unserer Ansichten sehr einverstanden; die „Baugewerkschaft“ würde sich aber um die Aufführung ihrer Leser noch viel verdienen machen, wenn sie unsere Feindlichkeit ganz zum Abdruck brachte.

**\* Der Zentralverband der Bühler (Densleger)** hatte nach seiner letzten beröhmten Abrechnung im Jahre 1902 nur 9000 Mitglieder in 148 Filialen. Die Filialen hatten an Eintrittsgeld und Beiträgen eine Einnahme von M. 148 592,10; davon wurden M. 98 364,96 an die Hauptkasse gezahlt. Sonstige größere Ausgaben fielen in den Filialen an: Verwaltungsunterstützung M. 2209,61, Krankenunterstützung M. 9688,65. — Die Einnahme der Hauptkasse belief sich insgesamt auf M. 104 690,89, dazu Kassenzins von Vorges. M. 46 695,14. Die Ausgabe betrug M. 64 589,18, darunter für Streifenunterstützung M. 35 250,25, Agitation M. 5295,10, Druck und Expedition des Fachorgans M. 10 029,01, Gehälter (für drei Personen) M. 6799,60. Die Mehreinnahme betrug M. 40 101,71, der Kassenzins in der Hauptkasse M. 85 796,85.

**\* Der Zentralverein der Bildhauer Deutschlands** hatte im Jahre 1902 eine Einnahme von M. 197 940 (darunter Kassenzins von vorhergehenden Jahr M. 24 891,93) und eine Ausgabe von M. 164 662,83. Es bleibt demnach für 1902 ein Kassenzins von M. 33 277,33, davon in den Verwaltungskosten M. 13 957,18. Unter den Ausgaben sind größere Posten: Streifenunterstützung M. 10 232,25, Arbeitslosenunterstützung am Orte M. 92 337,45, desgleichen auf der Reise 9898,48, Unterstützung bei Arbeitsunfähigkeit M. 11 418,25, desgleichen in besonderen Nothfällen M. 1113. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1902: 3779.

\* Einen geistigen Aufschwung hat trotz der Krisis der Metallarbeiterverband zu verzeichnen. Nach der vorliegenden Jahresabrechnung betrug die Mitgliederzahl am Jahresschluß 128 842, darunter 3458 weibliche. Das bedeutet gegen 1901 mit 102 905 Mitgliedern eine Zunahme von 25 937 (die sich in diesem Jahre noch wieder um 12 000 gesteigert hat). Daran partizipieren alle im Verband vereinigten Branchen, die Arbeiterinnen mit 998. Der Metallarbeiterverband hat im Jahre 1902 die absolut höchste Steigerung seiner Mitgliederzahl seit seinem Bestehen zu verzeichnen. Die frühere höchste Steigerung fand vom Jahre 1895 auf 1896 mit 16 765 Mitgliedern statt. Die erhöhte Mitgliederzahl findet nachteilig auch ihren Ausdruck im Kassenzins. Die Abrechnung bilanziert mit M. 2 246 023,11 (1901: M. 1 880 995,61). Die Einnahmen setzen sich in den Hauptposten zusammen aus M. 678 688,44 Vermögensschonung aus dem Vorjahr, M. 24 684,40 an Eintrittsgeldern, M. 1 475 194,70 an Beiträgen und M. 67 408,58 an Divergen. Die umfangreichen Erwerbsverhältnisse, unter denen besonders die Metallarbeiter zu leiden haben, begründen eine bedeutende Steigerung der Ausgaben für Unterstützungen. Es wurden herausgeholt für:

	1902	1901
Meißelgeld	135 226,24	108 625,19
Arbeitslosenunterstützung	966 034,12	311 949,07
Streifenunterstützung	419 750,61	197 181,09
Besondere Nothfälle	66 344,27	56 688,58
Zusammen	987 354,64	674 440,92

Die Ausgaben für diese vier Unterstützungsarten allein betragen gegen 1901 ein Mehr von M. 312 918,71. Mit der Summe von M. 987 354,64 sind jedoch die Leistungen des Verbandes für Unterstützungen nicht erschöpft, denn in den Ortsverwaltung und aus Sammelgebühren sind noch große Summen dafür ausbezahlt worden; allein in Berlin an Streik- und Maßregelungsunterstützung außer den in der Hauptabrechnung aufgeführten M. 164 217,80 noch M. 74 355,65. An weiteren Ausgaben sind zu verzeichnen: Für Agitation M. 52 636,70; das Verbandsorgan beanpruchte einen Kostenanwachs von M. 94 259,21; für Rechtsfälle wurden M. 12 872,68 gezahlt;

an die Generalkommission wurden M. 10 804 abgeführt; die Verwaltungsstellen betrugen M. 59 200,54. Der gesammte Vermögensbestand am 31. Dezember 1902 war M. 702 938,87.

**Generalversammlungen.**

Der Verband der Glaser wollte seine Verbandstag an den beiden Oftertagen in Leipzig abhalten. Da aber am ersten Feiertag in Sachsen keine Versammlungen stattfinden dürfen, so müßten die Delegierten, um keine Zeit zu verlieren, einen Tag in Schönbuch tagen. Der Verband hat in 78 Orten rund 8000 Mitglieder. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug in den letzten drei Jahren M. 67 002,68, einschließlich eines Kassenzinses von M. 15 873,45. Die Gesamtausgabe belief sich auf M. 41 162,01. Der Bestand in der Hauptkasse hat sich somit um M. 9977,49 gehoben. Die Kassenzinsbestände in den Nothstellen betragen am Schluß des Jahres 1902 M. 2481,64. In der Ausgabe sind größere Summen: Streik- und Gemäßigtenunterstützung M. 11 185, Meistunterstützung M. 10 628,57, Arbeitslosenunterstützung M. 17 771,70, Drucklegung, Expedition und Porto M. 15 540,92. — Ein Antrag auf Anknüpfung an den Solgarbeiterverband wurde abgelehnt. Die Arbeitslosenunterstützung, die bisher nur für verheiratete Mitglieder bestand, wurde auch auf die ledigen ausgedehnt; sie soll vom 1. April n. J. ab je nach der Dauer der Mitgliedschaft wöchentlich M. 6 bis 10 betragen und hier bis acht Wochen lang gezahlt werden. Der Höchstbetrag der Meistunterstützung wurde auf M. 25 festgelegt. Der Sitz des Verbandes bleibt in Karlsruhe.

Der Verband der Schlichter hielt seine Generalversammlung in Halle ab. Die Einnahmen der Gesamtkommission betragen in der zweijährigen Geschäftsperiode M. 157 829,15, Arbeitslosenunterstützung wurde im Jahre 1901 an 6922 Mitglieder im Betrage von M. 14 057,33 und im Jahre 1902 an 7484 Mitglieder im Betrage von M. 21 871,46 gezahlt. Die Einführung einer Krankenunterstützung wurde mit über Zweidrittelmajorität abgelehnt, jedoch soll darüber noch eine Abstimmung stattfinden. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg. Zur Versicherung der Angestellten zählt die Organisation die Hälfte.

Die Sattler tagten in Cassel. Die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung wurde mit 25 gegen 14 Stimmen beschlossen, desgleichen mit allen gegen eine Stimme die Einführung einer Krankenunterstützung. Der Beitrag wird von 25  $\frac{1}{2}$  auf 40  $\frac{1}{2}$  erhöht; weibliche Mitglieder haben 25  $\frac{1}{2}$  zu zahlen. Die Erhöhung der Beiträge tritt mit dem 1. Juli 1903 in Kraft, die Unterstufung wird vom 1. Juli 1904 an gewährt. Arbeitslosenunterstützung erhält, wer mindestens ein Jahr, Krankenunterstützung, wer mindestens drei Jahre Mitglied ist. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zusammen kann nur für 42 Tage im Jahre bezogen werden. Die Unterstufung wird vom siebenten Tage an bezahlt und beträgt pro Tag M. 1. Die Krankenunterstützung wird mit der Arbeitslosenunterstützung organisch verbunden, doch soll, um eine längere Unterstufungsbauer zu schaffen, ein reisende Mitglied 2  $\frac{1}{2}$  Kilometergelder bis zum Höchstbetrag von 75  $\frac{1}{2}$  pro Tag gezahlt werden. In einer Resolution sprach sich der Verbandstag für Anstrengung von Zerstörervereinen aus und in einer zweiten für die Bekämpfung der Heimarbeiter.

Die in Gemeindefabriken beschäftigten Arbeiter tagten in Berlin. Es wurde beschlossen, eine Streikunterstützung einzuführen, die nach einjähriger Mitgliedschaft M. 60 nach zweijähriger M. 70, nach dreijähriger M. 80, und so weiter um M. 10 pro Jahr steigend, bis zur Höchstsumme von M. 150 nach zehnjähriger Mitgliedschaft. Für weibliche Mitglieder wurden entsprechend den geringeren Beiträgen nur 75  $\frac{1}{2}$  der genannten Summen als Streikunterstützung festgelegt. Die Beiträge wurden von 15 auf 20  $\frac{1}{2}$  für männliche und von 10 auf 15  $\frac{1}{2}$  für weibliche Mitglieder erhöht. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung haben auch die Vergolder, die in München tagten, beschlossen. Die Unterstufung soll auf die Dauer von sechs Wochen im Jahre in Höchstzahl betragen; bei einer Mitgliedschaft von 52 Wochen M. 7,50 pro Woche, nach 104 Wochen M. 9, nach 156 Wochen M. 10,50. Der wöchentliche Beitrag wurde auf 40  $\frac{1}{2}$  für männliche und auf 30  $\frac{1}{2}$  für weibliche Mitglieder festgelegt.

Auch der Verband der Barbier, der nur ein äußerst bescheidenes Dasein fristet, hat die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung beschlossen: pro Tag M. 1 auf die Dauer von 30 Tagen; bei einem Wochenbeitrag von 40  $\frac{1}{2}$ .

**Eingegangene Schriften.**

**„Neue Zeit“** (Euttigart, Dieß Verlag) 31. Heft des 21. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Liberalismus im Wahlkampf. — Die tirische Randbill. Von W. Beer (Waldob.). — Der Kampf und die Niederlage der Arbeiter in Holland. Von Henriette Roland-Goss (A. G. Roland). II. — Die Bedeutung von Farbe und Form des Theaterkleides. Von Kurt Grottelwig. — Literarische Rundschau: Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie. Die Versicherung der Mutterpflicht. Von Da Oberberg-Berda. Ed. Fuchs, Die Kavallerie der europäischen Völker vom Altertum bis zur Gegenwart. — Notizen: Berufsvereinigungen und Krisis. Zur Krisis in der Metallindustrie.

Der **„Wahre Jacob“**, Nr. 10 seines 20. Jahrgangs. Die Serie der „Wahlbilder“ wird in derselben durch das farbige Bild **„Die politischen sieben Schwaben“** fortgesetzt. Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10  $\frac{1}{2}$ .

**Briefkasten.**

In einem „Grundstein“-Besteller, wie er nicht sein soll. Aus einer größeren Stadt des Ruhrreviers erhielten wir folgendes Schreiben:

„Werther Kollege!

Am Montag bestellte ich bereits 260 Exemplare des „Grundstein“ und heute bekomme ich bloß 176, also 85 zu wenig. Jedenfalls ist die Bestellung richtig genug in Euren Händen gekommen, aber es hat den Anschein, als ob an der Postlage von 100 000, die nach Angabe jetzt erreicht sind, 85 fehlten; denn sonst, so nehme ich an, wären Zeitungen genügend hierher gefandt worden. Ich erwarte aber, daß die fehlenden Exemplare spätestens bis Montag hier sind, denn wofin soll es fahren, wenn die fehlenden Mitglieder gleich so schlecht bebient werden? Ihr werdet jetzt natürlich auf die Art

....., den 30. April 1903.



(Bureaufräulein) Eurer Geschäftsführung hinweisen und mit die Schuld zuschieben, weil zu spät bestellt, aber es hätte Euer auch nicht mehr Arbeit gemacht, wenn es weiter gezählt wurde.

Wir wollen zunächst feststellen, daß der Verbandsvorstand umgehende Weisung erlassen hat, daß alle Bestellungen, die mit der nächsten Grundstein-Verbandsversammlung zusammenhängen, spätestens bis Dienstag früh 8 Uhr bei uns eingegangen sein müssen.

Wir sind ja an große Worte und Gottfassen mancher Art gewöhnt, wir übergehen die Anpreisungen in der Regel mit Stillköpfelementen.

### Bentralverband der Maurer.

#### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

#### Protokoll.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Siebenten Verbandstages soll gedruckt und zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder abgegeben werden.

Wir ersuchen die Zweigvereine, umgehend Bestellungen zu machen und dazu die Ihnen übersandten Bestellkarten zu benutzen.

#### Statut.

Das neue Statut, ausschließlich der Bestimmungen betreffend Krankenunterstützung, ist mit dem 1. Mai d. J. in Kraft getreten.

Zweigvereine mit mehr als 200 Mitgliedern bekommen in den nächsten Tagen die für sie nötige Anzahl in besonderen Paketen zugesandt.

#### Reisenunterstützung an Streikende.

Gemäß den Bestimmungen des Siebenten Verbandstages wird ab 1. Mai bei Aussperungen und Streiks den abgereisten

Kollegen Reisenunterstützung gewährt und sind hierüber die nachstehenden Bestimmungen getroffen.

Die Zweigvereinsvorsitzenden sind gehalten, diesen Bestimmungen ihre ganz besondere Beachtung zu schenken, insbesondere darauf zu sehen, daß die Auszahlung der Unterfütterung nur in demjenigen Zweigvereine erfolgt, die nach den Bestimmungen hierzu berechtigt sind.

Merden Mitglieder durch Aussperung oder Arbeits einstellen zur Reise geneigt, so kann ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft für die Zeit vom 1. März bis inklusive November sofort Reisenunterstützung gewährt werden, sofern die davon Betroffenen bei Verhängung der Aussperung bzw. bei Beginn der Arbeitseinstellung schon Mitglieder waren.

Vom Verbandsvorstande beauftragt sind die neugewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Florzheim, Hr. Stargard, Misset, Dargarden, Gollnow, Palsow, Böblingen, Erfurt und Züllichdorf.

#### Abrechnungen für das I. Quartal

wurden vom 28. April bis 4. Mai aus folgenden Zweigvereinen eingehandt: Warmen-Eberfeld, Bremerhaven, Briel, Wittelborn, Coblenz, Colbitz, Elsterberg, Giddow, Friedsch, Gambia, Gnelen, Goldberg i. Schl., Gohnd, Gr. Beeren, Grohwitz, Grünberg i. Schl., Helleborn, Herford, Jahnitz, Jechow, Kagenbach, Kolmar i. Pol., Mainz, Malchow, Neulalen, Neuruppin, Nordenham, Oppeln, Dönnig, Birna, Reinfeld, St. Johann, Schmalfalben, Schneidemühl, Senftenberg, Solingen, Stargard i. Pom., Seifens, Sietz, Stolp, Treuenbrietzen, Wiesbaden, Wilhelmshaven, Wollin, Wreschen, Wriezzen, Zellin, Zischkau, Burgdorf.

In der Zeit vom 28. April bis 4. Mai 1903 sind folgende Beträge bei der Hauptkassie eingegangen:

- Von den Zweigvereinen Betrag M. 200, Neu-Ruppin 280,09, Dessau 200, Neubardenburg 100, Erfurt 200, Liegnitz 200, Waren 50, Flensburg 200, Werder a. d. S. 180, Duedingburg 100, Ruppert 138,41, Breden 93,64, Erlangen 72,76, Weichenlachen 60, Gollnow 60,65, Meuselwitz 42,50, Köppling 33,61, Dönnig 32,79, Seegermühle 27,68, Bredin 28,62, Eggefin 25,50, Weiher 23,56, Wegau 20,65, Stüttgen 800, Gohnd 143,91, Stolp i. Pom. 143,44, Senftenberg 71, Deutsch Krone 44,69, Zellin 27,80, Obornitz 11,22, Warmen-Eberfeld 113,61, Solingen 101,88, Wriezzen 80,89, Gr. Beeren 63,24, Nordenham 35,05, Wollin 27, Wittelborn 24, Grohwitz 19,18, Gohnd 17,89, Weickow 14,48, Neulalen 13,44, Löwenberg 10,18, Gohst 10, Schneidemühl - 82, Wilhelmshaven 871,25, Coblenz 400, Grünberg i. Schl. 98,16, Reinfeld 65,40, Treuenbrietzen 60,84, Stargard i. Pom. 38,52, Friedschl. 18,80, Bredin 48, Jechow 319,70, Bremerhaven 200, Briel i. b. Marz 70, Eichow 26,78, Kagenbach 11,80, Schmalfalben 10,80, Gohnd 5,76, Colbitz 114,39, Elsterberg 73,24, Frankfurt a. M. und Umgegend 4000, Leipzig 1600, Witten 100, Hargburg 200, Schweinitz 100, Frankenhaußen (Kassif.) 75, Seelen a. S. 28,15, Wauzen 23,05, Birna i. E. 37,32, Goldberg i. Medl. 44,69, Templin durch N. Dahm 15, Gnelen 15,76.

- Für Futurale. Breden M. 2, Egglin 20, Gohnd 20, Heinrichswalde 2,50, Solingen 7,50, Wilhelmshaven 10, Reinfeld 1, Friedrichshagen 3,80, Neulalen 1, b. Saar 5, Warmen-Eberfeld 5, Schmalfalben 1,10, Colbitz 15, Wauzen - 70. Für Brotscheine „Das Maurergewerbe in der Statistik“. Arpeltin M. 4. Für Brotscheine „Lohnkauf und Minimallohn“. Arpeltin M. 1. Die Zweigvereins-Kassierer resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf der Postabschlüssen genau anzugeben, wofür das eingekommene Geld bestimmt ist. G a m b u r g, den 4. Mai 1903. F. Kötter, Hamburg 5, Brennerstr. 11.

### Centralkrankenkasse. (Grundstein zur Einigkeit).

In der Woche vom 26. April bis 2. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Bon der örtlichen Verwaltung in Gieshlig M. 200, Friedrichsberg 200, Bredin 100, Neulalen 100, Witten i. B. 100, Witzzen 100, Hargburg a. d. S. 100, Kremmer 98,88, Helleborn 80, Eberaden 81. Summa M. 1086,88.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik verständlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder. Die Zeile kostet 16 A.)

**Wesse.** Am 29. April starb nach einjähriger Krankheit unser Kassierer **Adam Bartel** an Lungenerkrankung im Alter von 34 Jahren.

**Colbitz.** Am 22. April starb unser Verbandskollege **Wilhelm Seifert** im Alter von 60 Jahren an Lungenerkrankung infolge Grubenbergung.

### Sterbepfel.

ist in der Zeit vom 26. April bis 2. Mai bezahlt worden für nachstehend bezeichnete Mitglieder resp. deren Frauen:

- Friedrich Freimann-Gannover, Buch-Nr. 31 988;
- Geinrich Schöler-Gannover (Frau), 215 635;
- Wilhelm Mappoltz-Wagdeburg-Odenstedt, 140 613;
- Friedrich Michaels-Posen (Frau), 44 038; Ernst Fischer-Galberstedt, 071 210;
- Friedrich Meyer-Rathenow (Frau), 96 057;
- August Hoyer-Nürnberg (Frau), 96 917;
- Franz Kraus-Witten i. B. (Frau), 125 104;
- Rudolf Witkowski-Samburg, 140 171;
- August Wittkowski-Burglitz (Frau), 67 338;
- August Grawald-Gebrawalde, 65 532;
- Wilhelm Schöne-Hinterze, (Frau), 78 428;
- Wilhelm Niebel-Weissenfels, 074 872;
- R. Bahmer-Bremen (Frau), 13 852;
- Ernst Knispelt-Posen, 44 350;
- Reinhold Wähler-Berlin (Frau), 7144;
- August Peters-Stettin, 45 311;
- Wilhelm Göhre-Welshau, 63 725;
- Hermann Methmann-Samburg, 22 584;
- Josef Hirsch-Königsbühlte, 80 045;
- Eduard Marloff-Samburg (Frau), 29 094;
- Adam Mages-Mainz, 40 634;
- Karl Tegmeyer-Gannover, 22 467;
- Johann Koch-Magden (Frau), 195 126;
- August Wogol-Weipzig (Frau), 85 675;
- Fritz Stärke II.-Teltow, 103 860.

### == Liegnitz. ==

Der hiesige Zweigverein feiert am **Sonntag, den 16. Mai**, sein **Frühjahrsvergnügen** im Saale des Gasthofes „Zur Wacht am Rhein“, wozu wir freundlichst einladen. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 A. **Das Comité.**

### Veranstaltungen-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden alle Veranstaltungen der dem Gründungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Veranstaltung beiderseits eingeklebt werden und bis spätestens am Dienstagmorgen 8 Uhr in unseren Händen sein.)

- Verbandsveranstaltungen der Maurer.** Sonntag, 10. Mai. Bitterfeld, Nachmittags 4 Uhr. Erscheinen aller Kollegen im notwendig. Nienstedten, Nachmittags 3 Uhr bei Schmögel. Bahreißer Besuch notwendig. Radweg 4 Uhr im Vereinslokale des Herrn Baerfeld. Bahreißer Erscheinen der Mitgliedern notwendig. Kottbuservereinigen. Sesen, Nachmittags 4 Uhr im Rappach-Dorf. Die Erscheinen aller Mitglieder ist sehr notwendig. Befreit zur Stelle. Nachmittags 4 Uhr im Gasthof „Zur Sonne“. T. D. Berichtserstattung über den Verbandstag. Kreis-Kollege Wittsche-Weissenfels. Teuchera. **Montag, 11. Mai.** Schmalkalden. Abends 8 Uhr in der „Hofenau“. Alle Kollegen sind bringen gebeten, zu erscheinen. **Dienstag, 12. Mai.** Liegnitz. Abends 8 Uhr im Restaurant „Sankt-Johann“. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. **Sonntag, 16. Mai.** Aken. Abends 8 Uhr in der „Herberge zur Heimat“. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. **Sonntag, 17. Mai.** Zell. Abends 8 Uhr im „Deutschen Hof“. **Sonntag, 17. Mai.** Itechoo. Nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung. Alle Kollegen müssen erscheinen. **Samstag, 17. Mai.** Jessen. Nachmittags 4 Uhr bei Carl Junker. Erscheinen aller Kollegen ist notwendig. **Druck: Samburgier Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Samburg.**